

Statistik und Informationsmanagement Monatshefte

Herausgeberin:
Landeshauptstadt Stuttgart

Themen

8/2011

Nutzen des Zensus 2011 für die Kommunen

Fast die Hälfte der Stuttgarter/-innen stammt nicht aus
Baden-Württemberg

Kundenbefragung im Sozialamt

Struktur der Wohngeldempfänger in Stuttgart 2010

Generationenwechsel in den 50er-/60er-Jahre-
Großwohnsiedlungen

Stuttgarter Zahlenspiegel

Veröffentlichungen zu den Themen



Aktuelle Grafik:

Fast die Hälfte der Stuttgarter/-innen stammt nicht aus Baden-Württemberg	263
---	-----

Kurzberichte:

Kundenbefragung im Sozialamt	264
Struktur der Wohngeldempfänger in Stuttgart 2010	267
Generationenwechsel in den 50er-/60er-Jahre-Großwohnsiedlungen	271

Hauptbeitrag:

Nutzen des Zensus 2011 für die Kommunen	273
--	------------

Veröffentlichungen zu den Themen	Rückseite
----------------------------------	-----------

Impressum:

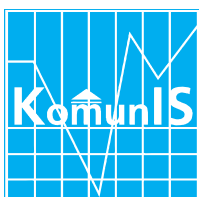
Statistik und Informationsmanagement, Monatsheft 8/2011

Herausgeberin:

Landeshauptstadt Stuttgart
Statistisches Amt, Eberhardstraße 39, 70173 Stuttgart
Telefon 07 11 2 16-98587, Telefax 07 11 2 16-98570
E-Mail: poststelle.12@stuttgart.de

Internet: www.stuttgart.de/statistik
Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt: Thomas Schwarz

Preis pro Monatsheft: 4 €



Fast die Hälfte der Stuttgarter/-innen stammt nicht aus Baden-Württemberg

Michael Haußmann

Als sechstgrößte Stadt in Deutschland ist Stuttgart schon lange ein Magnet für Menschen aus allen Teilen Deutschlands und der Welt. Ist es da noch zeitgemäß, von Stuttgart als der „Schwabenmetropole“ zu sprechen?

Wertet man den Geburtsort der Stuttgarter Bevölkerung aus, stellt man fest, dass nur 35,2 Prozent aller Stuttgarter/-innen auch in Stuttgart geboren wurden. Die Zahl der „Einheimischen“ kann aber durchaus höher sein, da in nicht wenigen Fällen Stuttgarter Eltern ihre Kinder in Kliniken der Nachbarkreise zur Welt bringen.

Im übrigen Baden-Württemberg sind 19,2 Prozent geboren. Zusammen mit den in Stuttgart Geborenen kommt man somit auf 54,4 Prozent gebürtige Baden-Württemberger. Selbst wenn man die 3,4 Prozent der im badischen Landesteil Geborenen abzieht, liegt der Anteil der Württemberger immer noch knapp über der 50-Prozent-Marke. Betrachtet man die Karte, scheint die Anziehungskraft der Landeshauptstadt im badischen Landesteil schwächer zu sein und an den baden-württembergischen Landesgrenzen jäh abzunehmen.

In den anderen deutschen Bundesländern außerhalb Baden-Württembergs geboren sind 17,4 Prozent. Auffällig dabei ist der hohe Anteil der aus den neuen Bundesländern und Berlin Stammenden. Eine besonders hohe Anziehungskraft hatte Stuttgart offenbar für Menschen aus Sachsen, insbesondere aus dem Raum Dresden. Im hohen Norden Geborene haben ihren Weg dagegen seltener nach Stuttgart gefunden: Die Kreise Lüneburg, Emden, Wilhelmshaven, Rostock und Stralsund sind die einzigen, die in Stuttgart (noch) keinen „Reing'schmeckten“¹ stellen.

¹ Schwäbischer Ausdruck für eine Person, die zugezogen ist.

Karte: Lage des Geburtsorts der Stuttgarter/-innen am 30. Juni 2011 nach Kreisen

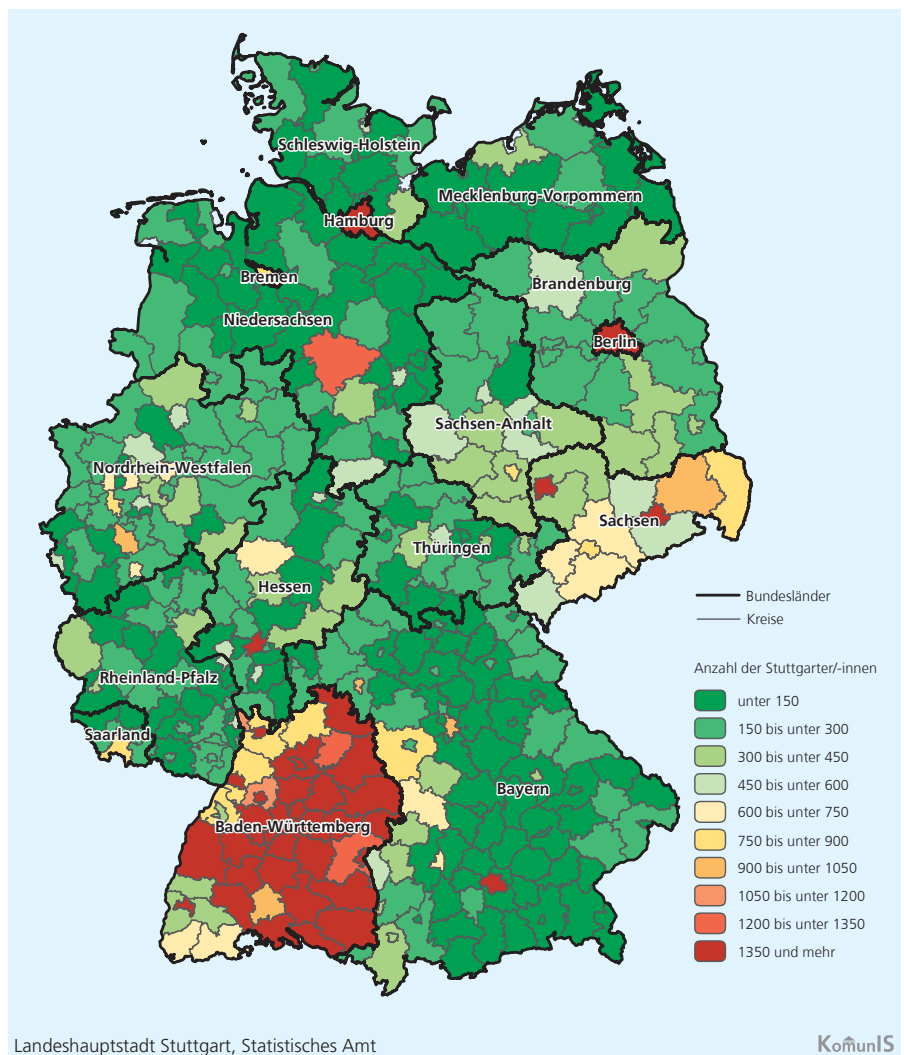


Tabelle: Lage des Geburtsorts der Stuttgarter/-innen am 30. Juni 2011

Lage des Geburtsorts	%
Baden-Württemberg	54,4
... darunter Stuttgart 35,2%	
Ausland	28,2
Berlin und neue Bundesländer	5,8
Bayern	3,5
Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland	2,9
Nordrhein-Westfalen	2,8
Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Bremen, Hamburg	2,4

Kundenbefragung im Sozialamt

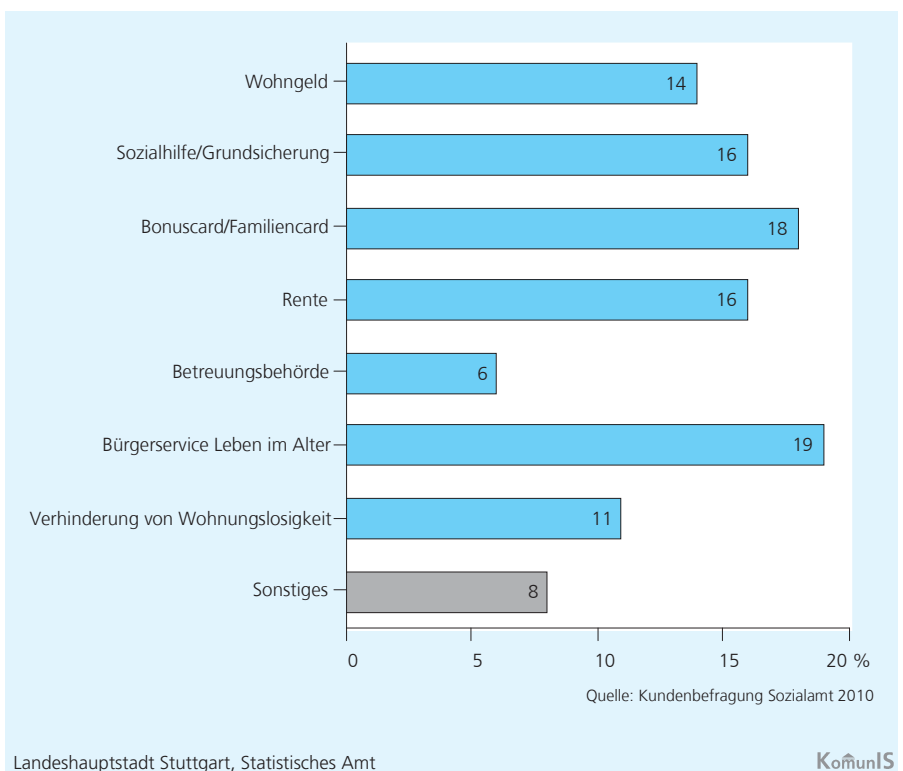
Jochen Gieck

Im Oktober 2010 führte das Statistische Amt eine Kundenbefragung im Sozialamt in dessen Auftrag durch. In diese Kundenbefragung einbezogen wurden mit wenigen Ausnahmen alle Dienststellen des Sozialamtes mit Kundenkontakt¹. Insgesamt konnten damit die Kunden von 35 Dienststellen an der Befragung teilnehmen.

Ziel der Kundenbefragung war unter anderem, die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit den einzelnen Dienststellen des Sozialamtes zu untersuchen und auf Basis der Ergebnisse der Befragung den Kundenservice gegebenenfalls weiter zu optimieren.

Es handelte sich um eine anonyme schriftliche Befragung. Die Kunden konnten den Fragebogen vor Ort ausfüllen und in bereitgestellte Wahlurnen einwerfen. Innerhalb von vier Wochen beteiligten sich insgesamt 837 Kunden an der Befragung.

Abbildung 1: Grund für Besuch des Sozialamts (Mehrfachnennungen möglich)



Ausgewählte Ergebnisse der Kundenbefragung

Besuchsgrund

Aufgrund der vielfältigen Aufgaben des Sozialamtes als Anlaufstelle für Hilfe oder Unterstützung suchende Bürgerinnen und Bürger wurden fast alle Teilbereiche ähnlich häufig als Besuchsgrund genannt². Deutlich weniger Kunden waren lediglich bei der Betreuungsbehörde als kleinere spezialisierte Dienststelle zu verzeichnen (vgl. Abbildung 1).

Eine Gegenüberstellung des Besuchsgrundes und der Frage, ob es sich um den ersten Besuch im Sozialamt handelt, zeigt Folgendes:

Während insgesamt 38 Prozent der Befragten zum ersten Mal das Sozialamt aufsuchten, waren in den Berei-

chen Bonuscard/Familiencard (52 %), Betreuungsbehörde (49 %) und Rente (45 %) deutlich mehr Kunden zu verzeichnen, die zum ersten Mal Kontakt mit dem Sozialamt hatten. Wesentlich weniger Kunden mit Erstkontakt waren hingegen in den Bereichen Sozialhilfe (20 %) und Bürgerservice Leben im Alter (30 %) zu finden.

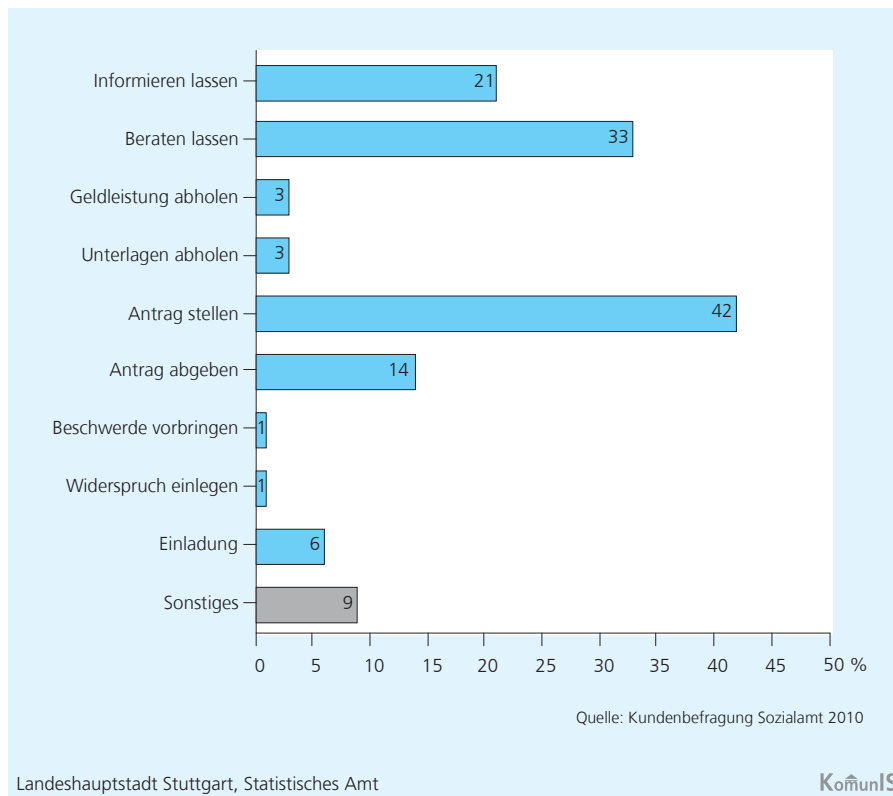
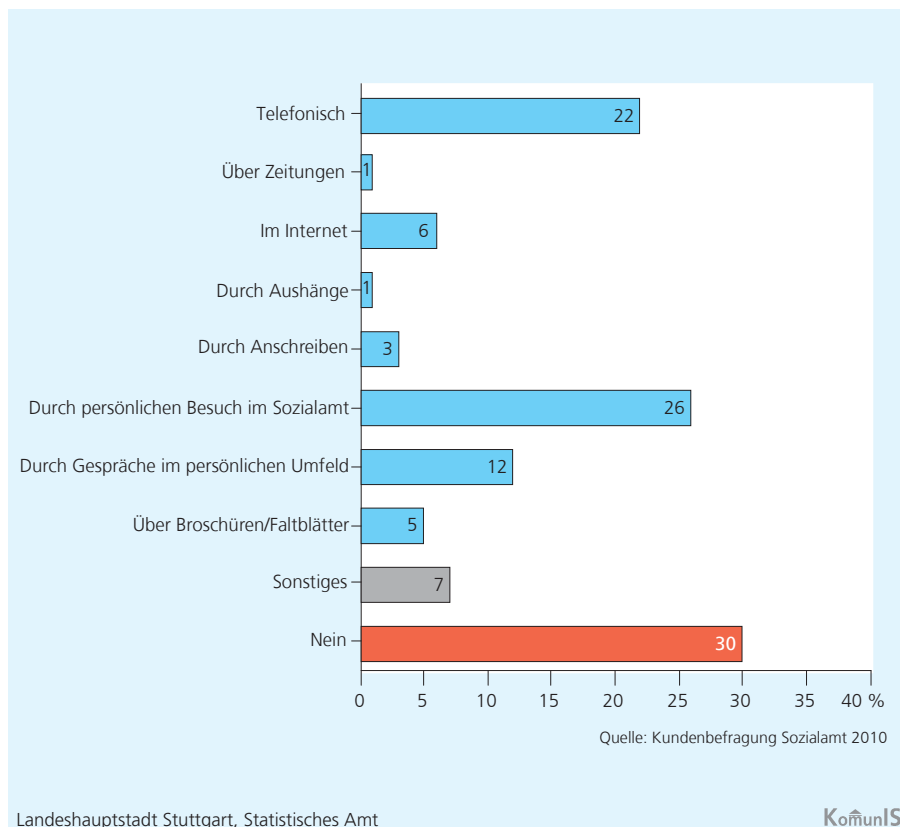
Bei einer Differenzierung des Besuchsgrundes nach dem Alter der Befragten werden folgende Unterschiede deutlich:

Den Bürgerservice Leben im Alter, dessen Zielgruppe Bürgerinnen und Bürger ab einem Alter von 63 Jahren sind, nutzen fast ausschließlich Befragte, die den Altersklassen „50 bis 65 Jahre“ und „Über 65 Jahre“ angehören. Ebenfalls überdurchschnittlich viele ältere Kunden sind in den Bereichen Rente und Betreuungsbehörde zu verzeichnen. Dem gegenüber wer-

den die Bereiche Verhinderung von Wohnungslosigkeit, Bonuscard/Familiencard sowie Wohngeld überwiegend von unter 50-Jährigen als Besuchsgrund genannt.

Anlass für Besuch

Welche Art von Dienstleistung wird bei einem Besuch des Sozialamtes nachgefragt? Hier kristallisieren sich zwei Hauptbereiche heraus² (vgl. Abbildung 2). Einerseits nutzten die Kunden den Besuch des Sozialamtes um sich beraten (33 %) oder informieren zu lassen (21 %). Andererseits wurden konkret Anträge gestellt (42 %) oder Anträge abgegeben (14 %). Alle anderen zur Auswahl stehenden Möglichkeiten wie z. B. Beschwerde vorbringen, Geldleistung abholen oder Unterlagen abholen wurden deutlich seltener genannt (jeweils unter 10 % Nennungen).

Abbildung 2: Anlass für den Besuch des Sozialamts (Mehrfachnennungen möglich)**Abbildung 3:** Informationen im Vorfeld des Besuchs im Sozialamt (Mehrfachnennungen möglich)

Informationen vor dem Besuch des Sozialamtes

Informieren sich die Bürger bevor sie eine Dienststelle des Sozialamtes aufsuchen und wenn ja, wie informieren sie sich? Zur Informationsgewinnung vor dem Besuch einer Dienststelle des Sozialamtes wählten die Kunden in erster Linie die Direktinformation durch Besuch im Sozialamt selbst (26 %) oder durch eine telefonische Vorabinformation (22 %). Gespräche im persönlichen Umfeld wurden von 12 Prozent der Befragten genannt. Alle anderen Arten sich zu informieren, spielten eine untergeordnete Rolle: Informationen über das Internetangebot des Sozialamtes im Vorfeld eines Besuchs abzurufen, war bei Kunden des Sozialamtes – sicherlich teilweise auch wegen der Altersstruktur – nicht weit verbreitet (6 %). Aber auch Broschüren und Faltblätter wurden nur selten (5 %) genutzt. Über eine Zeitung oder über Aushänge informierten sich jeweils nur ein Prozent der Kunden. Drei von zehn Kunden verzichteten gänzlich auf Informationen über Angebote des Sozialamtes (Mehrfachnennungen waren möglich; vgl. Abbildung 3).

Beurteilung des Sozialamtes

Das Sozialamt erzielte bei Bewertung aus Kundensicht sehr hohe Zufriedenheitswerte. Insgesamt gesehen erreichte das Sozialamt einen Wert von **84 Punkten** auf dem **Kommunalbarometer**³. Besonders positiv wurde die Freundlichkeit der Mitarbeiter/-innen (94 Punkte), die fachliche Beratung der Mitarbeiter/-innen (93 Punkte), die schnelle Erledigung des Anliegens (92 Punkte) sowie die Wartezeit (91 Punkte) beurteilt. Deutlich unterdurchschnittlich – aber dennoch auf hohem Niveau – schnitten die Verständlichkeit der Formulare (73 Punkte), die Gestaltung der Wartebereiche/Sitzgelegenheiten (74 Punkte) und die Internet-Seite des Sozialamtes (78 Punkte) ab. Neben dem unterdurchschnittlichen Wert für die Internet-Seite des Sozialamtes fällt auf, dass offensichtlich nur wenige Kunden diesen Internetauftritt kennen. 76 Pro-

zent der Befragten konnten oder wollten sich dazu nicht äußern (vgl. Abbildung 4).

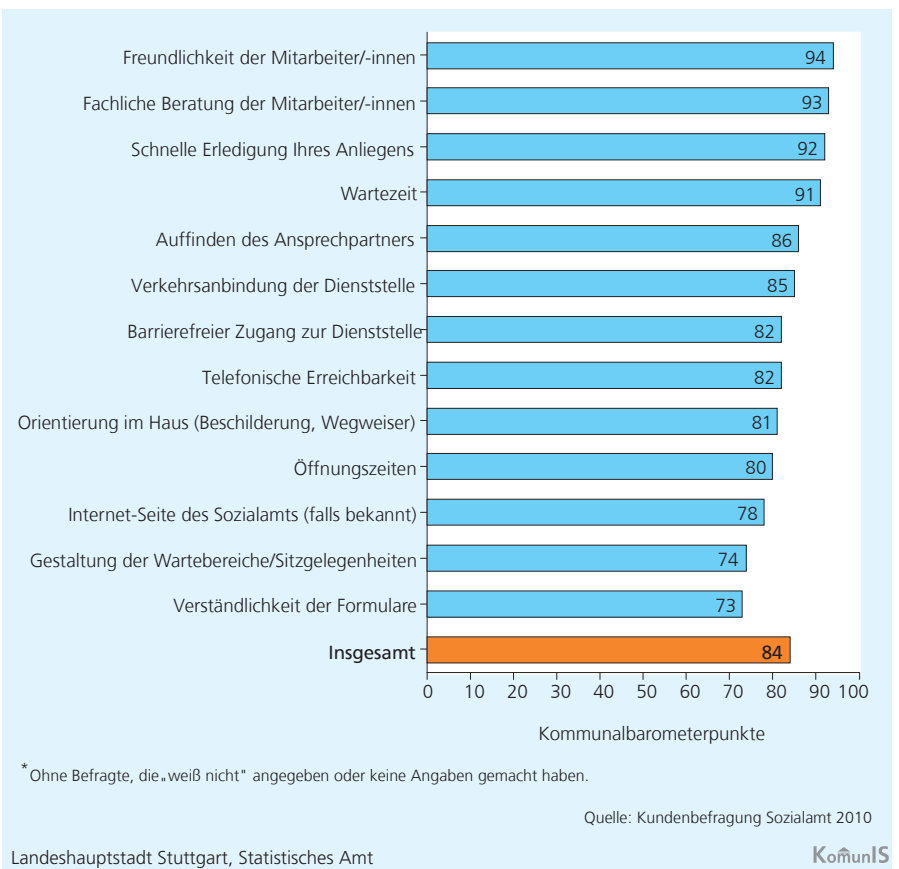
Bei der Beurteilung des Sozialamtes nach dem Alter der Befragten sind die Unterschiede eher gering, wobei ältere Befragte (50plus) mit den meisten Einzelthemen etwas zufriedener waren. Lediglich die Verständlichkeit der Formulare wurde von diesen Befragten unterdurchschnittlich bewertet.

Ausblick

Aufgrund der Ergebnisse sieht das Sozialamt beim Internetauftritt dringenden Handlungsbedarf und bemüht sich gemeinsam mit der städtischen Internetredaktion um eine Verbesserung.

In einem Zeitraum von drei bis fünf Jahren soll die Kundenbefragung des Sozialamtes wiederholt werden.

Abbildung 4: Beurteilung des Sozialamts in Kommunalbarometerpunkten*



- 1 Ausgeschlossen waren damit Kunden, deren Betreuung zu Hause erfolgt (Hausbesuche).
- 2 Mehrfachnennungen waren möglich.
- 3 Mit dem Kommunalbarometer wird auf einer Skala von 0-100 Punkten der Mittelwert aus den jeweiligen Antwortkategorien errechnet, so entspricht z.B. „sehr zufrieden“ = 100 Punkte; „zufrieden“ = 75 Punkte; „teils/teils“ = 50 Punkte; „unzufrieden“ = 25 Punkte; „sehr unzufrieden“ = 0 Punkte; die Antwortkategorie „weiß nicht“ wird dabei nicht berücksichtigt.

Struktur der Wohngeldempfänger in Stuttgart 2010

Ulrich Stein

Im Oktober 2010 erhielten in Stuttgart etwa 4300 „Empfänger“ Wohngeldleistungen in Höhe von etwa insgesamt 850 000 Euro, das sind ca. 190 Euro je Empfänger. Die Zahl der „Empfänger“ der Leistungen entspricht der Zahl der „Antragsteller“, wobei je Haushalt jeweils nur eine Person als Antragsteller auftritt. Aus der regulären Wohngeldstatistik nicht zu entnehmen ist das Alter der Personen, die in einem Wohngeld empfangenden Haushalt leben. Die Kenntnis darüber kann zum Beispiel bei der Abschätzung der Zahl der zum Bezug des Bildungspakets berechtigten Kinder genutzt werden.

Um die Alters- und Haushaltsstruktur der Wohngeld beziehenden Personen zu ermitteln, wurde den Wohngeld beantragenden Personen deren Haushaltsangehörige (also Partner oder Kinder) statistisch zugewiesen. Diese rechnerisch erfolgende Haushaltsgenerierung ist nur für Haushalte möglich, die außerhalb von „Einrichtungen“ wohnen, also zum Beispiel nicht in Heimen für Behinderte oder Senioren. Im Oktober 2010 wohnten 85 Prozent der Wohngeldempfänger außerhalb von Heimen.

Für die Empfänger innerhalb und außerhalb von „Einrichtungen“ getrennt sind in der Abbildung 1 die Anteile der Empfänger nach Altersjahrgängen veranschaulicht. Summiert betragen die Anteile jeweils 100 Prozent. Außerhalb von Einrichtungen sind die Empfängeranteile bei den 30- bis 45-Jährigen am höchsten. In Einrichtungen sind die Altersjahrgänge oberhalb der Ruhestandsschwelle am stärksten vertreten.

Insgesamt kann in Stuttgart von knapp 10 000 Personen außerhalb von „Einrichtungen“ ausgegangen werden, die in Wohngeld beziehenden Haushalten leben (vgl. Tabelle 1). Im Schnitt setzt sich ein Wohngeld beziehender und außerhalb einer „Einrichtung“ wohnender Haushalt aus 2,7 Personen zusammen und ist damit deutlich größer als ein durchschnittlicher Stuttgarter Haushalt (1,9 Personen/Haushalt). Für die Empfänger in Einrichtungen können, wie gesagt, die Haushaltszusammenhänge nicht ermittelt werden. Der Singleanteil unter den Empfängern in Heimen dürfte vermutlich aber sehr hoch sein. Bei den Empfängern innerhalb von Einrichtungen wird die Zahl der Wohngeld direkt oder indirekt beziehenden Personen weniger stark abweichen als bei den Empfängern außerhalb von Einrichtungen.

Von allen Stuttgarter Haushalten außerhalb von Einrichtungen beziehen etwa 1,2 Prozent Wohngeld. Überproportional häufig im Wohngeldbezug sind Familienhaushalte. Bei Paaren mit drei und mehr Kindern sichert das Wohngeld bei jedem 10. Haushalt in Stuttgart ein „angemessenes“ Wohnen. Die niedrigsten Bezugsquoten weisen Paarhaushalte ohne Kinder auf: Von diesem Haushaltstyp empfangen nur 0,6 Prozent der Haushalte Wohngeld (vgl. Tabelle 2).

Abbildung 1: Altersaufbau der Wohngeldempfänger innerhalb und außerhalb von Einrichtungen in Stuttgart im Oktober 2010

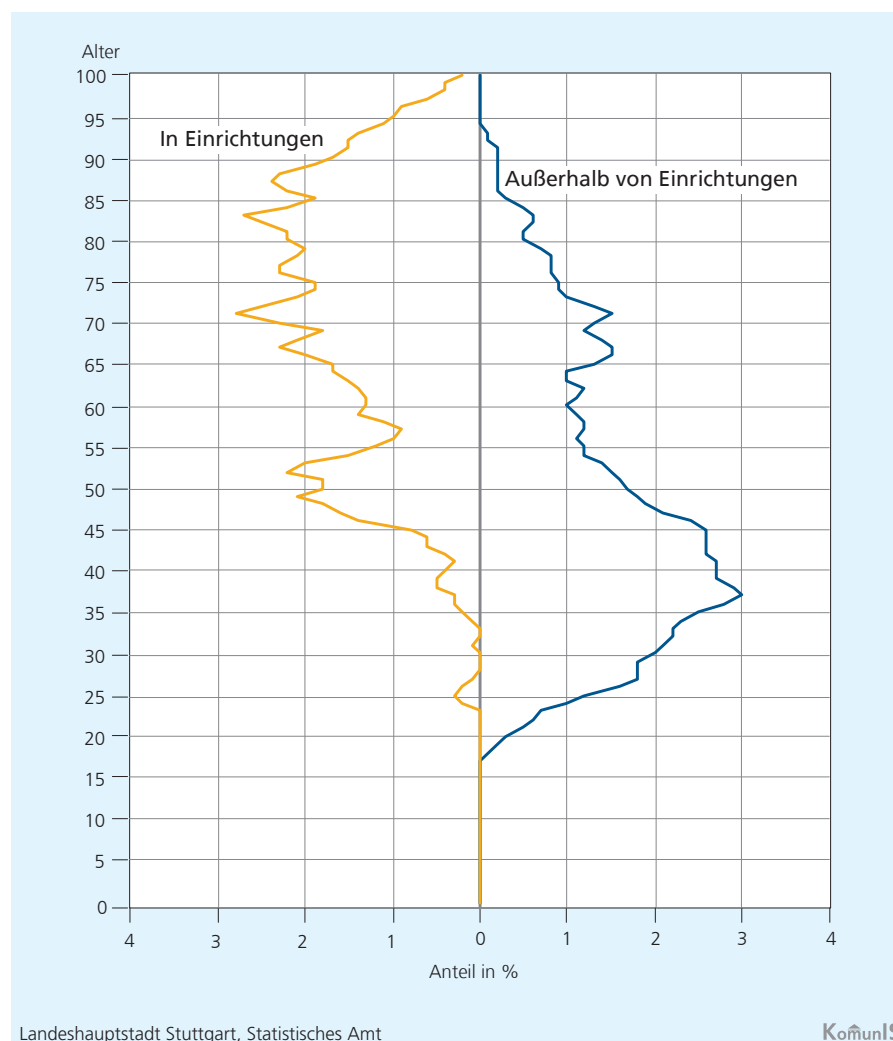


Tabelle 1: Wohngeldempfänger in Stuttgart im Oktober 2010

Empfänger von Wohngeld insgesamt (Oktober 2010)	4 337
Davon (im Dezember 2010) nicht (mehr) im Einwohnerregister verzeichnet	151
Anteil nicht zuordenbare Fälle	3,6 %
Empfänger innerhalb von Einrichtungen	599
Empfänger außerhalb von Einrichtungen	3 587
Personen außerhalb von Einrichtungen (z.B. Heimen), incl. den Antragstellern selbst (Dezember 2010)	9 671
Empfänger = Antragsteller auf Wohngeld	
Personen = Empfänger plus mit dem Empfänger im Haushalt wohnende Personen	

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KommunIS

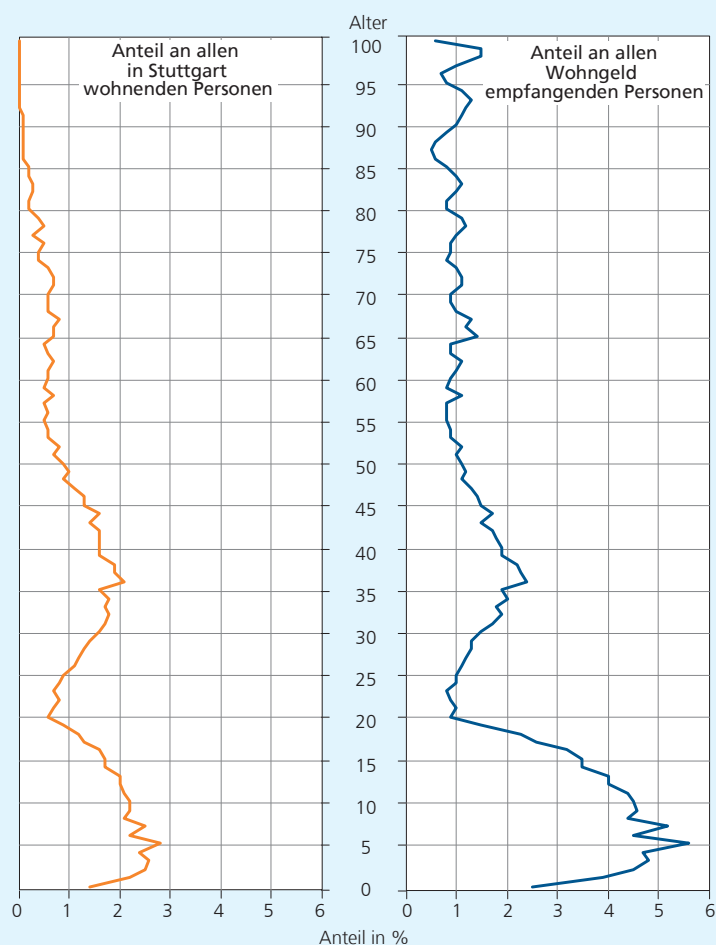
Tabelle 2: Haushaltsstruktur der Wohngeld beziehenden Haushalte außerhalb von Einrichtungen in Stuttgart im Oktober 2010

Haushaltsform	Haushalte mit Wohngeldberechtigung	Anteil an allen Empfängerhaushalten	Betroffenheitsquote (Anteil an allen Haushalten in Stuttgart)
		%	
Singles	1 302	36,3	0,9
Paare	419	11,7	0,6
Mehr als 2 Erwachsene	162	4,5	0,8
Alleinerziehende mit einem Kind	241	6,7	3,3
Alleinerziehende mit 2 und mehr Kindern	175	4,9	5,1
Paare mit einem Kind	272	7,6	1,4
Paare mit 2 Kindern	506	14,1	2,9
Paare mit 3 und mehr Kindern	510	14,2	9,1
Insgesamt	3 587	100,0	1,2

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KommunIS

Abbildung 2: Altersstruktur der Personen im Wohngeldbezug außerhalb von Einrichtungen in Stuttgart im Oktober 2010



Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KoMunIS

Die Altersstruktur der (außerhalb von Einrichtungen wohnenden) Personen mit Wohngeldbezug ist in der Abbildung 2 (rechte Kurve) veranschaulicht. Etwa 37 Prozent der Personen mit Wohngeldbezug sind Kinder unter 17 Jahren (vgl. auch Tabelle 3). Die höchsten Anteile in der Altersstruktur der Wohngeld empfangenden Personen weisen die Jahrgänge der 3- bis 7-Jährigen auf. Bei diesen Jahrgängen sind die altersspezifischen Betroffenheitsquoten (definiert als Anteil der Personen im Wohngeldbezug an allen Personen gleichen Alters in Stuttgart) entsprechend mit ca. fünf Prozent auch am höchsten (dargestellt sind die Betroffenheitsquoten in der Abbildung 2, linke Kurve). Die Betroffenheitsquoten dieser Altersjahrgänge liegen somit etwa um das Dreifache über der durchschnittlichen Stuttgarter Betroffenheitsquote von 1,7 Prozent.

Am deutlich höchsten sind die Betroffenheitsquoten (der Bevölkerung außerhalb von Einrichtungen) im Bezirk Mühlhausen (3,2 %); am deutlich niedrigsten sind sie in Degerloch (0,6 %) (vgl. Tabelle 4).

269

Tabelle 3: Altersstruktur der Personen im Wohngeldbezug außerhalb von Einrichtungen in Stuttgart im Oktober 2010

Altersgruppe Jahre	Personen	Anteil an den Personen	Betroffenheitsquote ¹
		%	
0 bis 5	1 341	13,9	4,3
6 bis 9	871	9,0	4,7
10 bis 17	1 417	14,7	3,7
18 bis 24	548	5,7	1,1
25 bis 44	3 018	31,2	1,7
45 bis 64	1 466	15,2	1,0
65 und älter	1 010	10,4	1,0
Insgesamt	9 671	100,0	1,7

¹ Personen mit Wohngeldbezug/alle Personen in Stuttgart.

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KoMunIS

Tabelle 4: Personen im Wohngeldbezug außerhalb von Einrichtungen und Betroffenheitsquoten¹ nach Stadtbezirken im Oktober 2010

Stadtbezirk	Personen mit Wohngeldbezügen außerhalb von Einrichtungen (auf volle 10 gerundet)	Betroffenheitsquote ¹
		%
Mitte	280	1,3
Nord	400	1,7
Ost	830	1,9
Süd	590	1,4
West	450	1,0
Bad Cannstatt	1 610	2,5
Birkach	80	1,4
Botnang	200	1,6
Degerloch	100	0,6
Feuerbach	430	1,6
Hedelfingen	180	2,0
Möhringen	380	1,3
Mühlhausen	790	3,2
Münster	140	2,3
Obertürkheim	170	2,1
Plieningen	130	1,1
Sillenbuch	320	1,4
Stammheim	130	1,1
Untertürkheim	360	2,3
Vaihingen	570	1,3
Wangen	210	2,5
Weilimdorf	660	2,2
Zuffenhausen	680	2,0
Stuttgart	9 690	1,7

¹ Anteil der Personen mit Wohngeldbezügen an den Einwohnern mit Hauptwohnsitz außerhalb von Einrichtungen.

Generationenwechsel in den 50er-/60er-Jahre-Großwohnsiedlungen

Michael Haußmann

In den 50er- und 60er-Jahren sind in Stuttgart vor dem Hintergrund der damaligen Wohnungsnot nach dem Leitbild „aufgelockert und gegliedert“ mehrere Großwohnsiedlungen entstanden. Den Anfang machte Rot (1949 - 57) als das zu dieser Zeit größte westdeutsche Siedlungsprojekt. Es folgten Bergheim/Giebel (1953 - 64), Mönchfeld (1956 - 64) und Dürrelewang (1957 - 65). Nachdem sich die Wohnungsnot auch in den 60er-Jahren noch nicht entspannt hatte, wurden nach dem neuen Leitbild „Urbanität durch Dichte“ die Siedlungen Fasanenhof (1960 - 67), Freiberg (1963 - 69) und Asemwald (1968 - 72) realisiert¹.

Nachdem dort zunächst Familien mit Kindern preiswerte Wohnungen gefunden hatten, ließ der erste Umbruch nicht lange auf sich warten: Durch das „Flügge werden“ der Kinder verkleinerten sich die Haushalte deutlich. Der Lebensformwandel, insbesondere die sich ausweitende Singularisierung hat in der Folge dazu beigetragen, dass sich die Einwohnerzahl in den Großwohnsiedlungen gemessen am Höchststand bis heute um

durchschnittlich ein Drittel verringert hat. Etwas abgemildert wurde diese Entwicklung durch zusätzlichen Wohnungsbau in Form von Arrondierungen und Nachverdichtungen (vgl. Tabelle 1). Ohne diesen Wohnungsbau wäre der Einwohnerverlust noch drastischer ausgefallen, in Mönchfeld und Bergheim/Giebel hätte sich die Zahl der Bewohner sogar halbiert.

Mit dem Wegzug der Kinder und der Alterung der verbliebenen Bevölkerung hat sich das Durchschnittsalter in den Siedlungen schnell erhöht. Ein Extrembeispiel stellt dabei der Asemwald mit heute 65,8 Jahren dar. Aufgrund der hohen Wohnzufriedenheit findet ein Austausch der Einwohnerschaft dort nur in geringem Maß statt, sodass ein Generationenwechsel derzeit noch nicht erkennbar ist. In den Siedlungen Mönchfeld, Rot, Fasanenhof und Freiberg scheint die Alterung dagegen zum Stillstand gekommen zu sein. Hier stagniert das Durchschnittsalter, wenn auch auf einem hohen Niveau. Einen Schritt weiter sind die beiden Großwohnsiedlungen Bergheim/Giebel und Dürrelewang: Nach einer längeren

Phase der Stagnation geht das Durchschnittsalter dort inzwischen wieder zurück (vgl. Abbildung 1).

Dass sich Bergheim/Giebel und Dürrelewang derzeit im Generationenwandel befinden, kann man daran ablesen, dass zum einen der Anteil der Senioren über 65 Jahren signifikant gesunken, zum anderen der Anteil der Kinder unter 6 Jahren deutlich gestiegen ist. In Mönchfeld, Rot, Freiberg und im Fasanenhof sind erste Anzeichen eines solchen Umbruchs dagegen noch nicht klar zu erkennen (vgl. Abbildung 2).

Die Aufwertung der größtenteils durch das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“ geförderten Großwohnsiedlungen (Freiberg und Mönchfeld seit 1999, Rot und Fasanenhof seit 2003, Giebel seit 2006) steht damit vermehrt vor der Herausforderung des nun anstehenden Wandels von der Überalterung hin zur „Wiederbelebung“ als urbaner Familienstandort. Im Zeitfenster des Generationenwechsels können hier Potenziale genutzt werden.

271

Tabelle 1: Einwohnerentwicklung in ausgewählten Stuttgarter Großwohnsiedlungen

Siedlung	Einwohnerbestand			Zeitraum	Veränderung	
	Höchststand		2011		Einwohnerbestand	Wohnungsbestand
	Jahr	Anzahl			%	
Mönchfeld	1964	5 202	2 907	1964 - 2011	- 44,1	+ 12,8
Rot	1961	16 624	9 903	1961 - 2011	- 40,4	+ 5,7
Dürrelewang	1965	5 851	3 657	1965 - 2011	- 37,5	+ 12,0
Fasanenhof	1966	9 898	6 416	1966 - 2011	- 35,2	+ 13,4
Asemwald	1974	2 266	1 540	1974 - 2011	- 32,0	+ 0,9
Bergheim und Giebel	1962	11 215	7 808	1962 - 2011	- 30,4	+ 35,8
Freiberg	1975	8 777	7 255	1975 - 2011	- 17,3	+ 12,0

Abbildung 1: Durchschnittsalter in ausgewählten Stuttgarter Großwohnsiedlungen 1972 bis 2011

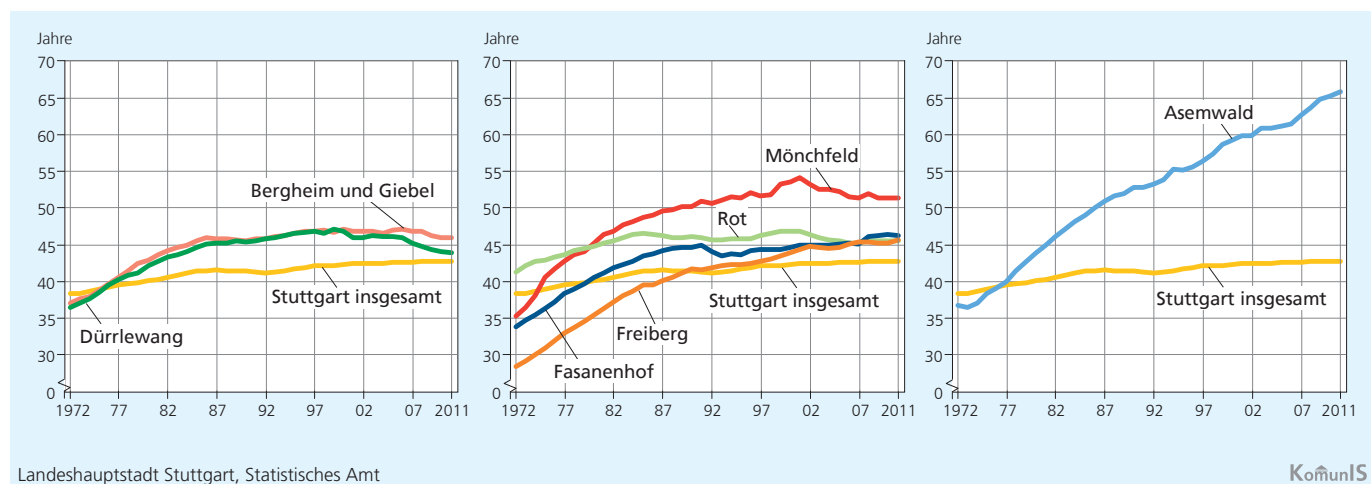
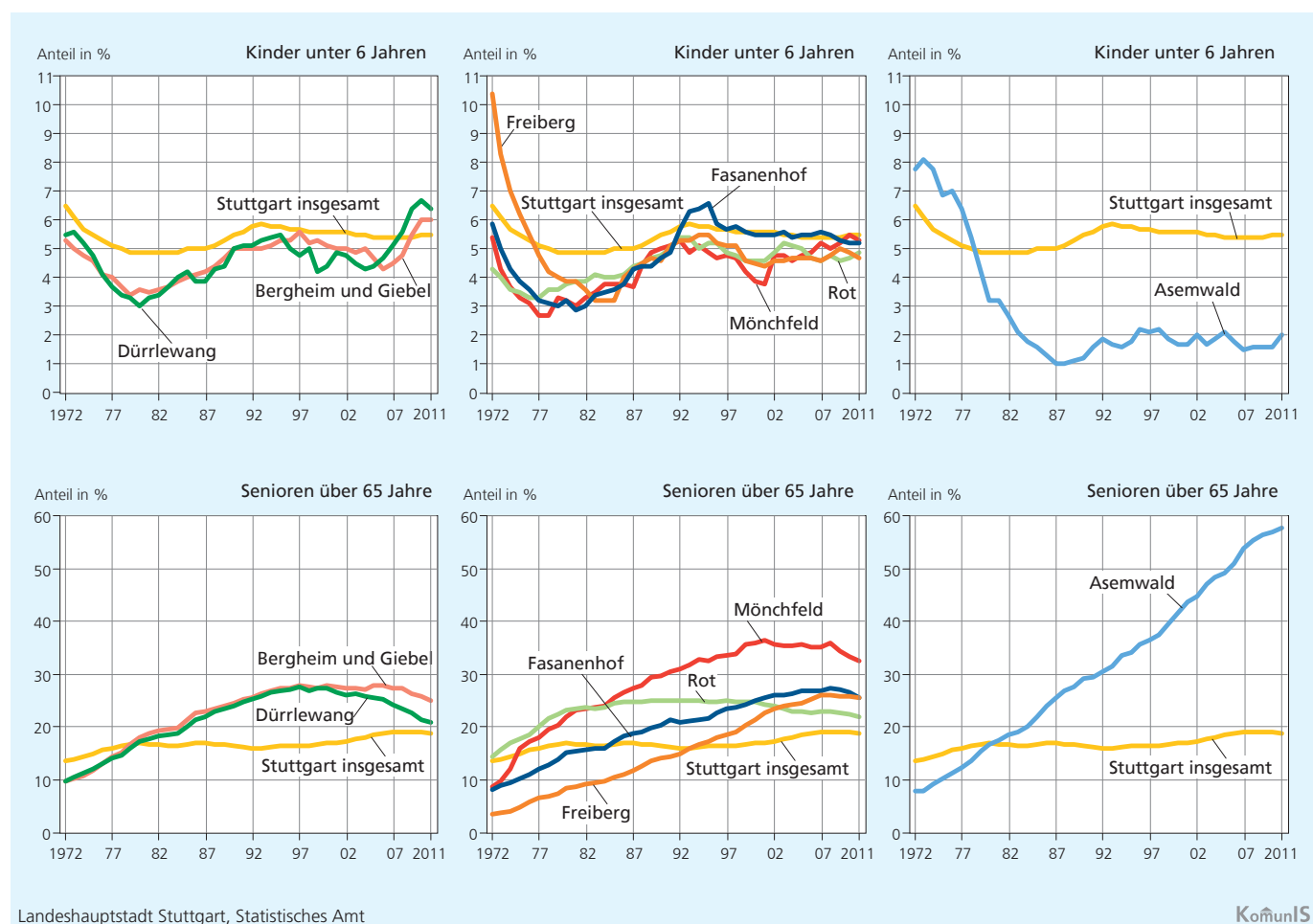


Abbildung 2: Kinder unter 6 und Senioren über 65 Jahren in ausgewählten Stuttgarter Großwohnsiedlungen 1972 bis 2011



Thomas Schwarz

Nutzen des Zensus 2011 für die Kommunen

Rechtzeitig bevor eine Großzählung ihre Ergebnisse in der gesamten fachlichen und räumlichen Breite und Tiefe „auf den Markt wirft“, sollte sich die Nutzerseite intensiv Gedanken machen, wie die Datenfülle möglichst gewinnbringend und effizient genutzt werden kann. Welche Daten stehen in welcher Ausprägung und mit welchem Raumbezug zur Verfügung? Wie sind diese Daten gegebenenfalls in vorhandene Informationsstrukturen einzubinden? Welche Fragestellungen und Untersuchungsansätze gibt es?

Beim Zensus 2011 kommt nun hinzu, dass die für kommunalstatistisch wichtigen Auswertungen auf der Adress- und Einzeldatenebene nur ein kurzes Zeitfenster von 24 Monaten nach Datenlieferung offen steht. Ohnehin stehen Auswertungsvorhaben von Großzählungen aufgrund der relativ langen Aufbereitungsdauer von 18 beziehungsweise 24 Monaten nach dem Erhebungstichtag unter dem Druck des „Verfallsdatum“ und damit der Akzeptanz der Daten.

Der folgende Aufsatz¹ beleuchtet die Auswertemöglichkeiten² und stellt darauf aufbauend den konkreten Nutzen des Zensus 2011 aus der Sicht der Kommunen vor dem Hintergrund der speziellen kommunalen Informationsbedarfe und der verfassungsrechtlich legitimierten Aufgaben der Gemeinden im deutschen föderalen System dar.

273



Gemeinden unterste Ebene des föderalen Systems

Sehr unterschiedlich strukturierte „Gemeinde-Landschaft“

Die Kommune als unterste Ebene der Gebietskörperschaften

Auf der Grundlage der föderalen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und des Prinzips der dezentralen Verwaltung stellen die Gemeinden oder Kommunen, neben dem Bund und den Bundesländern, die unterste Ebene der Gebietskörperschaften (LAU-2-Ebene der EU) dar.

So groß die Verflechtungen der föderalen Ebenen sind, so unterschiedlich ist die „Gemeinde-Landschaft“ in den einzelnen Bundesländern nach der Größe der Gemeinden und auch zunehmend nach der Verfasstheit strukturiert. Die Gemeindegrößen schwanken zwischen weniger als 1000 Einwohner und 3,4 Mio. Einwohner. Auch hinsichtlich der Zuständigkeit sind kreisangehörige Gemeinden, kreisangehörige Gemeinden mit Sonderstatus (z. B. in Baden-Württemberg Große Kreisstädte ab 20 000 Einwohner) und kreisfreie Städte (Stadtkreise) zu unterscheiden. Letztere sind (wie die Landkreise) Gemeindeverbände (Gebietskörperschaften) mit kommunalen Aufgaben und Aufgaben der unteren staatlichen Verwaltungsbehörde. Wachsende Verbreitung erfahren obendrein verschiedenste Formen interkommunaler Kooperationen mit eigener Rechtsfähigkeit (Gemeindeverband, Amt, Samtgemeinde, Verbandsgemeinde) oder ohne eigene Rechtsfähigkeit (Verwaltungsgemeinschaft) sowie Gemeindeverbände besonderer Art als Zusammenschluss eines Landkreises und einer kreisfreien Stadt (Regionalkreis), von denen sich in der letzten Dekade in Deutschland drei gebildet haben (Region Hannover, Regionalverband Saarbrücken, Städteregion Aachen).

Aufgaben der Kommunen

Die Aufgaben der Kommunen im föderalen System leiten sich aus Art. 28 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz ab: „Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.“ Satz 2 überträgt diese Rechte analog auch auf die Gemeindeverbände.

Verfasste Aufgaben der Gemeinden im Rahmen der Selbstverwaltung

Im Rahmen der deutschen Verwaltungsarchitektur existieren die Gemeinden und Gemeindeverbände als eigenständige politische Ebene mit eigener inhaltlicher Zuständigkeit, eigener Aufgabenerfüllung, eigener Finanzwirtschaft und eigenem politischen Willensbildungsprozess, die freilich nicht Staatsqualität (nur der Bund und die Länder haben diese) besitzen und nur abgeleitet sind und unter Aufsicht des Bundeslandes stehen.³

Im Rahmen dieser kommunalen Selbstverwaltung sind die Gemeinden für die vorbereitende und verbindliche Bauleitplanung (Flächennutzungsplan, Bebauungsplan) auf der örtlichen Ebene zuständig. Inhaltlich lässt sich das kommunale Aufgabensystem mit der Daseinsvorsorge, der Infrastrukturplanung, Wirtschaftsförderung sowie der Sozial- und Kulturplanung umreißen.

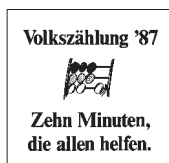
Verfassungsrechtliche Grundlagen der Kommunalstatistik

Neben der staatlichen Statistik des Bundes und der Länder (amtliche Statistik im engeren Sinne) existiert die kommunale Statistik (amtliche Statistik im weiteren Sinne), die quantitative (und qualitative) Informationen für kommunale und staatliche Zwecke sammelt und den Nutzern bereitstellt. Die Kommune wird hier entweder auf eigene Initiative nach eigenem Ermessen tätig (Eigenstatistik) oder führt im Auftrag des Staates angeordnete Statistiken durch (Auftragsstatistik).

Grundlegend und wegweisend für die deutsche Statistik war und ist das Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Dezember 1983. Das Volkszählungsurteil hat in aller Deutlichkeit die Bedeutung der Statistik für eine staatliche Politik, die den Prinzipien und Richtlinien des Grundgesetzes verpflichtet ist“, hervorgehoben. „Erst die Kenntnis der relevanten Daten [...], schafft die für eine am Sozialstaatsprinzip orientierte staatliche Politik unentbehrliche Handlungsgrundlage“.

Die Beurteilung der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie und die Konsequenzen des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung für die Kommunalstatistik im Einzelnen war freilich nicht Gegenstand des Volkszählungsurteils.

Diesen „Brückenschlag“ lieferte ein Gutachten des renommierten Verfassungsrechtlers von Arnim⁴ „Volkszählungsurteil und der Städtestatistik“, das eine grundlegende verfassungsrechtliche Bewertung der Rechtsposition der Kommunalstatistik lieferte. Von Arnim leitet darin aus dem kommunalen Selbstverwaltungsrecht, dessen Sinn darin besteht, den Gemeinden die Möglichkeit zu geben, ihre Planungen und Maßnahmen auf die örtlichen Besonderheiten und die gemeindespezifischen Bedürfnisse der Bevölkerung auszurichten, das Recht der Kommunen ab, sich die dafür benötigten statistischen Informationen zu beschaffen und sie zu verwerten. Für von Arnim müssen die Gründe, die das Gericht für die Notwendigkeit und Unverzichtbarkeit der staatlichen Statistik angeführt hat, entsprechend auch für die Kommunalstatistik gelten. Das gilt nach von Arnims Auffassung jedenfalls für größere Städte und für Großstädte.



Von Arnim: Kommunalstatistik Voraussetzung für sinnvolle und verantwortliche Wahrnehmung der kommunalen Selbstverwaltungsaufgaben

Kommunalstatistik bezeichnet er als Voraussetzung für die sinnvolle und verantwortliche Wahrnehmung anerkannter Selbstverwaltungsaufgaben, wie etwa die Schaffung und Unterhaltung von Einrichtungen zum Wohle der Gemeindeeinwohner und die Bauleitplanung. Um hier sinnvoll planen und gestalten zu können,

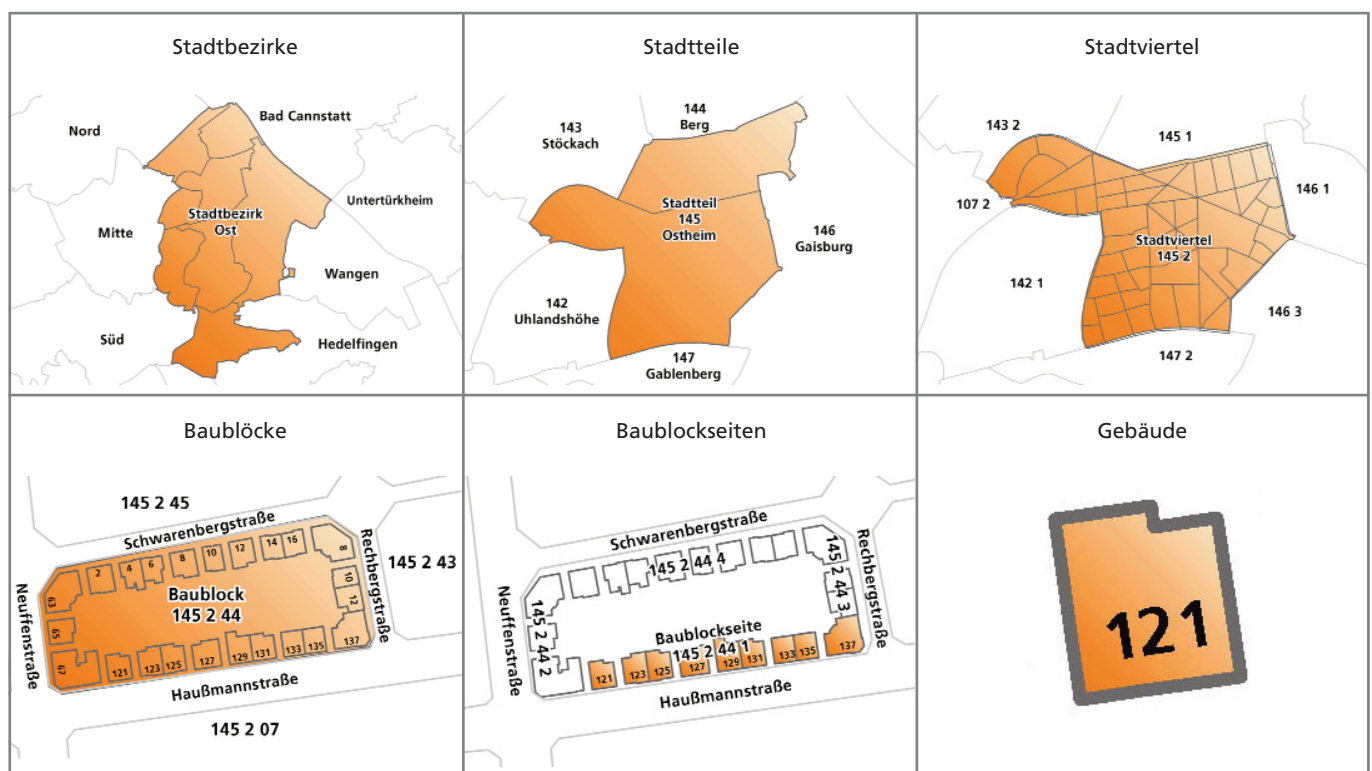
braucht die Gemeinde die erforderlichen quantitativen Daten, die ihr die Kommunalstatistik zur Verfügung stellen kann. Kommunalstatistik schafft die unverzichtbare Voraussetzung dafür, dass die Gemeinde ihre Selbstverwaltung überhaupt verantwortlich wahrnehmen kann. Kommunalstatistik ist für von Arnim Vorbedingung für die kommunale Planung. So muss sich diese z. B. für die Planung der Sozial- und Altenpflege, der Schulplanung, der Planung von Kindergärten und des Jugendwesens die nötigen statistischen Daten beschaffen können. Von Arnim bezeichnet dieses Recht der Gemeinde, sich die Informationen zu beschaffen, die nötig sind, um die örtlichen Gegebenheiten zu erfassen und zur Grundlage kommunaler Entscheidungen machen zu können, auch als gemeindliche Informationshoheit. Mehr noch: Von Arnim sieht in der Beschaffung der für die kommunale Aufgabenerfüllung erforderlichen Daten eine Pflicht, da die Kommunen und ihre Organe dem Gemeinwohl verpflichtet sind und in den Gemeindeordnungen zudem die Verpflichtung auf wirtschaftliches, d.h. rationales Handeln den Kommunen auferlegt ist. Zwingende Voraussetzung, dieser Verpflichtung gerecht werden zu können, ist, dass die notwendigen Informationen zur Verfügung stehen.

Besonderheit des kommunalen Datenbedarfs sind Daten in untergemeindlicher Gliederung

Die Besonderheit des kommunalen Bereiches ist, dass die Kommunen nicht nur Daten auf der Gemeindeebene, sondern auch in untergemeindlicher, kleinräumiger Gliederung benötigen, die im staatlichen Bereich nicht erforderlich sind. Für von Arnim bedeutet das, dass Angaben wie Straße und Hausnummer, die sonst Identifikationsmerkmale sind, nicht gelöscht werden dürfen. Das Gebot der faktischen Anonymisierung verlangt keine absolute und unbedingte Anonymisierung, sondern eine Anonymisierung, wie sie – vor dem Hintergrund der Aufgaben der Statistik – unter den gegebenen Umständen und in Abwägung mit anderen gegenläufigen verfassungsrechtlichen Werten – sinnvollerweise möglich erscheint. Von Arnim weiter: „Geraten die Anforderungen des Art. 2 Abs. 1 Grundgesetz in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz (informationelle Selbstbestimmung) und des Art. 28 Abs. 2 Grundgesetz in Verbindung mit Art. 20 Grundgesetz (kommunale Selbstverwaltung) miteinander in Konflikt, so darf nicht einseitig dem informationellen Selbstbestimmungsrecht der Vorrang gegeben werden.“

275

Abbildung 1: Untergemeindliche Gliederungsebenen (Beispiel Stuttgart)



Abwägung zwischen dem öffentlichen Interesse an statistischen Informationen und dem Grundrecht der informationellen Selbstbestimmung muss besondere kommunale Bedarfe nach kleinräumigen Daten berücksichtigen

Der zentrale Grundzug der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist die Abwägung zwischen dem öffentlichen Interesse an statistischen Informationen des Staates und dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. Die Regeln, die das Bundesverfassungsgericht als Ergebnis dieser Abwägung für die staatliche Statistik entwickelt hat, dürfen deshalb nach von Arnim nicht sklavisch aus dem Volkszählungsurteil abgeschrieben und unbesehen auch auf die zum Teil andersartige Konfliktsituation zwischen Kommunalstatistik und informationeller Selbstbestimmung übertragen werden. Wenn die legitimen Zwecke der Kommunalstatistik sich nur unter weitergehender Einschränkung des Grundrechts realisieren lassen als die der staatlichen Statistik, so ist dies für von Arnim – bis zur Grenze des Übermaßgebots – zulässig. Wenn also eine (faktische) Anonymisierung im kommunalen Bereich deshalb weniger weitgehend möglich ist, weil man hier die „Merkmale“ Straße und Hausnummer auf Dauer braucht, weil die Gemeinden auf den kleinräumigen Bezug ihrer Daten angewiesen sind, dann kann auch das vom Bundesverfassungsgericht für die staatliche Statistik aufgestellte Gebot der Vernichtung solcher Merkmale im Bereich der Kommunalstatistik nicht unbedingt gelten. Eine Vernichtung dieser Merkmale kommt hier nicht in Betracht, solange ihr Vorliegen erforderlich ist, damit die Kommunalstatistik ihre Funktion erfüllen kann.

Abgeschottete kommunale Statistikstellen erfüllen die gleichen, hohen Datenschutzstandards wie die Statistischen Landesämter

Die faktische Anonymisierung wird den Belangen der Grundrechtsträger auch durchaus gerecht, wenn gleichzeitig eine wirksame Abschottung garantiert ist (die Trennung der Angaben Straße, Hausnummer von den anderen Angaben, die Verschlüsselung der Angaben und die Abschottung der Kommunalstatistikstelle gegenüber der übrigen Verwaltung).

Vor diesem Hintergrund stellt von Arnim die Beschränkung der Übermittlung von Einzelangaben an Gemeinden, die bei der Volkszählung 1987 nach § 14 Volkszählungsgesetz 1987 nur auf der Basis von Blockseiten erfolgte, die verfassungsrechtliche Haltbarkeit dieser Übermittlungsbeschränkung infrage. In der Anhörung zum Gesetzgebungsverfahren des Zensusgesetzes 2011 stellt auch Ziekow auf die verfassungsrechtliche Verpflichtung des Bundes zur Lieferung von Daten auf den notwendigen räumlichen Ebenen⁵ ab, wie sie im Übrigen in § 1 Satz 4 Bundesstatistikgesetz postuliert ist. Des weiteren weist Trutzel⁶ im Zusammenhang mit dem Wegfall diverser bisher in Volkszählungen auch kleinräumig erhobenen Daten im Zuge der Umstellung auf einen registergestützten Zensus auf die Umkehrung des Konnexitätsprinzips hin, wonach der Staat nicht einfach bisher gewährte Leistungen den Kommunen entziehen kann, ohne zunächst finanziell und rechtlich die Möglichkeit zur entsprechenden Selbsthilfe zu schaffen.

Übermittlung von Einzeldaten und adressscharfen Daten bei Zensus 2011 ein Fortschritt gegenüber VZ 1987 für Kommunen

Zweifelsohne stellt daher die Regelung des § 22 Abs. 2 ZensG 2011 zur Übermittlung von Einzelangaben an Gemeinden und Gemeindeverbände mit abgeschotteter Statistikstelle auf der Anschriftenbasis einen deutlichen Fortschritt (und auch ein Erfolg intensiver „Lobbyarbeit“ der Städtestatistik) gegenüber der restriktiven Vorgehensweise bei der Volkszählung 1987 dar. Zu einer erheblichen, auch staatsökonomisch unsinnigen Einschränkung führt allerdings die Befristung der Nutzung dieser Daten auf zwei Jahre nach Übermittlung, da diese Daten dadurch nicht als Basis für eine fortschreibungsfähige Statistikdatei (Gebäude- und Wohnungsdatei) in den abgeschotteten kommunalen Statistikstellen herangezogen werden können – abgesehen davon, dass diese Regelung des § 22 Abs. 2 ZensG 2011 nicht einer gewissen Rechtsunlogik entbehrt, da die abgeschotteten Statistikstellen der Gemeinden mit einem eigenen Regelwerk datenschutzrechtlicher Vorgaben ja gerade für die Vorhaltung von statistischen Einzeldaten auch für den zukünftigen Auswertungsbedarf eingerichtet werden.

Die Informationsbedarfe und -quellen der Kommunalstatistik

Volkszählungen liefern Basisinformationen über Bevölkerung, Haushalte, Familien, Bildung, Erwerbsbeteiligung und Wohnungen

Bis in die ersten Nachkriegsjahrzehnte lieferten Volkszählungen die unentbehrlichen Basisinformationen über Bevölkerung, Haushalte, Familien, Bildungsabschlüsse, Erwerbsbeteiligung und Wohnungen auch für die Kommunen.

Mit einem immer komplexer werdenden und rasch zunehmenden Entwicklungsstand der Gesellschaft wuchsen auch die Anforderungen an die Statistik. Traditionelle Volkszählungen reichten zunehmend nicht mehr aus, um eine umfassende und tief gegliederte statistische Informationsinfrastruktur zu entwickeln.⁷ In der Folge erfuhr sowohl die staatliche Statistik beispielsweise mit der Einführung des Mikrozensus 1957 (als jährliche 1-%-Stichprobe) als auch die kommunale Statistik einen beachtlichen Ausbau. Volkszählungen behielten freilich ihre Bedeutung als Lieferant von statistischen Grundinformationen.

In den Nachkriegsjahrzehnten entwickelte sich eine planungsbezogene und problemorientierte Städtestatistik

Die Aufgaben der Städtestatistik, die beginnend in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zuerst in den großen Städten eingerichtet wurde,⁸ um den steigenden Datenbedarf der schnell wachsenden Städte zu befriedigen, umfassten zunächst das Zusammentragen von Informationen im Wesentlichen der staatlichen Statistik und der eigenen Verwaltung. Daraus entwickelte sich in der Nachkriegszeit im Zuge der Etablierung einer umfassenden räumlichen und bereichsübergreifenden Stadtentwicklung eine nicht nur die Basisdaten organisierende, sondern zunehmend planungsbezogen und problemorientiert arbeitende Städtestatistik.⁹

Nachvollziehbar ist, dass die Notwendigkeit einer systematischen und vergleichenden Beobachtung der Stadt und ihrer Teilräume umso unentbehrlicher ist je größer diese ist. Daher konzentriert sich die Kommunalstatistik im Grunde in den größeren Städten. Wenn man als Schwelle für eine substanzielle Statistikinfrastruktur das Kriterium der abgeschotteten Statistikstelle heranzieht, sind es vorzugsweise Städte ab etwa 50 000 Einwohner, die eine eigenständige Kommunalstatistik betreiben.¹⁰

Bund hat sich in den letzten Jahrzehnten zunehmend von primärstatistischen Erhebungen verabschiedet

Begünstigt durch die rasante Entwicklung der IT-Infrastruktur konnte sich die Kommunalstatistik im Wesentlichen ab den 80er-Jahren von den nunmehr, jedenfalls in der gewohnten Periodizität, ausbleibenden Datenlieferungen der regelmäßigen Volkszählungen „emanzipieren“ und verlor das Interesse am Zensus.¹¹ Nach und nach hat sich der Bund in dieser Zeit auch von anderen primär- und sekundärstatistische Einzelerhebungen wie der Handels- und Gaststättenzählung, der Handwerkszählung und nicht zuletzt der Arbeitsstättenzählung verabschiedet.¹² In der Kommunalstatistik wurden innovativ immer mehr kommunale Datenquellen vorzugsweise aus Verwaltungsregistern, aber auch aufgrund eigener Erhebungen erschlossen oder generiert. Die Städte sahen und sehen sich zunehmend einem Bedarf an flexibler, problembezogener Ad hoc-Auswertung statistischer Daten gegenüber. Voraussetzung hierfür ist die flexible Verknüpfbarkeit und Verdichtung von Daten insbesondere auf allen räumlichen Ebenen. Auch wollen Informationsnachfrager heute Informationen selbst aufbereiten und auf ihre jeweiligen Bedürfnisse zuschneiden;¹³ dieses setzt eine systematische Informationsverarbeitung in Informationssystemen auf Datenbankbasis voraus.

Kommunalstatistik „emanzipierte“ sich durch Erschließung eigener Datenquellen von staatlicher Statistik

Kommunalstatistik kooperiert sehr eng im Städteverbund

Die besondere Stärke der deutschen Kommunalstatistik war seit jeher ihre vorbildliche Bereitschaft zur Kooperation und arbeitsteiligen Entwicklung von Fachverfahren. Eine herausragende Rolle bei der Entwicklung gemeinschaftlicher IT-Verfahren für die Kommunalstatistik spielt der 1982 als „gemeinsame Plattform für kommunale Selbsthilfeprojekte beim städtestatistischen Informationsmanagement“ gegründete Verband Kommunales Statistisches Informationssystem (KOSIS-Verband) mit dem Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt) als Träger; dem KOSIS-Verband gehören heute mehr als 150 Kommunen an, die in Arbeitsgemeinschaften Verfahrensentwicklung, Software-Beschaffung und -Pflege sowie den Aufbau abgestimmter Datensammlungen betreiben. Der Verband bündelt kommunale Ressourcen und erleichtert auch kleineren Statistikstellen den Zugang zu aktuellen Technologien und Verfahren (Know-how-Transfer).¹⁴ Ein wichtiger Effekt ist aber auch die Standardisierung der Datenerhebung als Voraussetzung interkommunal vergleichbarer Ergebnisse.

Kommunale Einwohnerstatistik liefert umfangreichen Datenkatalog zu Einwohner und Haushalte

Kommunalstatistik ist mit ihren Datengewinnungsverfahren und Prognosemodellen national und international richtungsweisend

Kommunales
Statistisches
Informationssystem | **KOSIS**
Verbund

Eine wichtige Datenquelle stellen auch die Daten der Bundesagentur für Arbeit dar



Von zentraler Bedeutung für die Arbeit der Kommunalstatistik ist das gemeinschaftlich entwickelte Verfahren zur umfassenden Erschließung der aus den Melde-registern abgezogenen Einwohnerstatistiken (DSt-Datensätze Einwohnerbestand und -bewegung).¹⁵ Darauf aufbauend wurden zwei innovative Verfahren zur Erzeugung „synthetischer Daten“¹⁶ entwickelt. Diese Datengenerierungsverfahren dienen zum einen der Gewinnung von Wohnhaushalten (HHGen¹⁷) und zum anderen der Ableitung des Migrationshintergrundes einer Person (MigraPro¹⁸), jeweils aus den Personendaten des Einwohnermelderegisters. Bei diesen Verfahren stand die Kommunalstatistik an der Spitze des Fortschritts und war Impulsgeber für die staatliche Statistik. So werden Verfahren der Haushaltgenerierung und der Bildung des Migrationshintergrundes von Personen im registergestützten Teil des Zensus 2011 in modifizierter Form angewandt. Das auf der Basis des standardisierten kommunalen Bevölkerungsstatistikverfahrens entwickelte kleinräumige Bevölkerungsprognoseverfahren SIKURS¹⁹ wird nicht nur in zahlreichen deutschen, österreichischen und schweizer Städten, sondern auch in einigen Statistischen Landesämtern und bei Statistik Austria als regionalisiertes Bevölkerungsprognosemodell eingesetzt. Das dem KOSIS-Gemeinschaftsprodukt Informationsmanagementsystem DUVA zugrundeliegende „Quaderkonzept“ (Date Cubes) der Datenhaltung ist für das Auswertekonzept des Zensus 2011 beispielgebend.

Die Kommunalstatistik hat darüber hinaus weitere Datenquellen für ihren Informationspool erschlossen. Dazu zählen die kleinräumige Kfz-Statistik²⁰ mit aus dem Verwaltungsverfahren des Kfz-Wesens extrahierten, transformierten und plausibilisierten Datensätzen zum Kfz-Bestand (Marke, Fahrzeugart und -typ, Kraftstoffart, Hubraum, Motorstärke, Alter des Fahrzeugs und des Halters, Emissionsgruppe u.a.m.) auf kleinräumiger Ebene. Eine wichtige Indikatorfunktion erfüllen die Einkommensdaten der privaten Haushalte aus der kleinräumigen Einkommensteuerstatistik²¹, auf deren Basis räumlich tief gegliederte Informationen über die Einkommensverteilung in den Städten gebildet werden können. Im Bereich der Sozialplanung und verwandter Bereiche (kommunale Migrationspolitik, Stadtentwicklung, Bildungs- und Schulpolitik, Wohnungspolitik) wurde die Auswertung von Daten der Verwaltungsregister der Sozialhilfe (PROSOZ) auf kleinräumiger Ebene für die Anwendungsbereiche Sozialraumanalyse und -management im Rahmen der kommunalen Sozial- bzw. Armutsberichtserstattung realisiert. Mit der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige (SGB II) reduziert sich die Sozialhilfe auf das neu geschaffene SGB XII.²² Damit konnten die Daten der Sozialhilfe nicht mehr unmittelbar aus dem eigenen Verwaltungsverfahren abgeleitet werden, sondern stehen nunmehr ausschließlich über Datenlieferungen der Bundesagentur für Arbeit (BA) zur Verfügung. Daten zur Arbeitslosigkeit und zur Grundsicherung nach SGB II werden durch das umfangreiche, differenzierte und aktuelle Datenangebot der Bundesagentur für Arbeit auch auf kleinräumiger Ebene abgedeckt. Nicht zuletzt ist der umfangreiche Merkmalskatalog der BA über die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SVB) von hohem Erkenntniswert für die Kommunalstatistik. Gemeindescharf und untergemeindlich lassen sich aktuell die Zahl der SVB nach Alter, Geschlecht, Beschäftigungsverhältnis, Wirtschaftszweig, Bildungsstand (u.a.m.) wohnortbezogen (leider nicht zusätzlich arbeitsortsbezogen) aufbereiten.

Weitere Beispiele für kommunalstatistische Datenquellen sind die Erschließung von Verkehrsunfalldaten aus Verkehrsinformationssystemen²³, die Flächennutzung auf der Basis der Liegenschaftskataster (künftig ALKIS), die Erschließung von Daten der Jugendgerichtshilfe²⁴ oder der Schulstatistik. Letztere liefert beispielsweise mit den kleinräumig darstellbaren Übergangsquoten auf weiterführende Schulen einen wichtigen Sozialindikator für die laufende Stadtbeobachtung. Als neues Aufgabenfeld der Kommunalstatistik entwickelt sich seit einigen Jahren das Bildungsmonitoring mit der systematischen kleinräumigen und schulspezifischen Erschließung der Schulstatistik.

Kommunalstatistik etabliert in den 90er-Jahren das Instrument systematischer Bürgerumfragen

Mikrozensus für Großstädte interessante Datenquelle

In den 90er-Jahren wurden in der Kommunalstatistik die Bürgerumfragen als freiwillige repräsentative Befragungen zur Gewinnung von Meinungsdaten etabliert. Neben diesen subjektiven Daten lassen sich aus den Bürgerumfragen auch als grobe Schätzwerte sozioökonomischer Grunddaten, allerdings nicht kleinräumig referenzierbar, ableiten.

Eine beschränkte Zahl von großen Städten kann über den Mikrozensus als weitere Datenquelle verfügen. Die jährliche 1%-Stichprobe der staatlichen Statistik bietet den Stadtstaaten und den großen Städten²⁵ ein weit über den klassischen Datenkranz der soziodemografischen und -ökonomische Merkmale von Volkszählungen hinausgehendes Datenspektrum für Personen und Haushalte auf der Gesamtstadtebene an; darüber hinaus sind die Zusatzerhebungsprogramme im Vier-Jahres-Rhythmus zum Berufs- und Ausbildungspendeln und zur Wohnsituation von besonderem kommunalen Interesse.

Ähnlich selektiv und nur für große Städte mit dem Status einer kreisfreien Stadt sind die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder (VGR) ab 1992 beziehungsweise jährlich ab 1994 erhältlich, von denen neben den Wirtschaftsdaten (BIP, Bruttowertschöpfung) vor allem die Zahl der Erwerbstätigen, der Arbeitnehmerentgelte und Bruttolöhne sowie die Einkommen der privaten Haushalte von kommunalstatistischer Relevanz²⁶ sind.

So erfreulich die Informationsversorgung der Großstädte ist, die sowohl über VGR-Daten als auch die Ergebnisse des Mikrozensus für die Gesamtstadtebene jährlich verfügen können, so unbefriedigend ist die Situation für kleinere Kommunen, die vollkommen von Zensusergebnissen abhängig sind.

Aufgaben eines Zensus

Aufgabe eines Zensus: Lieferung von Eckdaten, die ...

Ein Zensus hat traditionell mehrere Aufgaben und Zielsetzungen²⁷:

1. Feststellung der Einwohnerzahl
2. Feststellung der Zahl der Haushalte und Familien, der Erwerbspersonen sowie der Gebäude und Wohnungen in räumlicher, zeitlicher und fachlicher Vergleichbarkeit
3. Ermittlung von grundlegenden Strukturdaten für Einwohner, Haushalte, Gebäude und Wohnungen
4. Gewinnung von Basis- und Rahmendaten für Fortschreibungen, Stichproben, Qualitätsprüfungen bei anderen Statistiken

... beliebig kombinierbar und in kleinräumiger Gliederung vorliegen

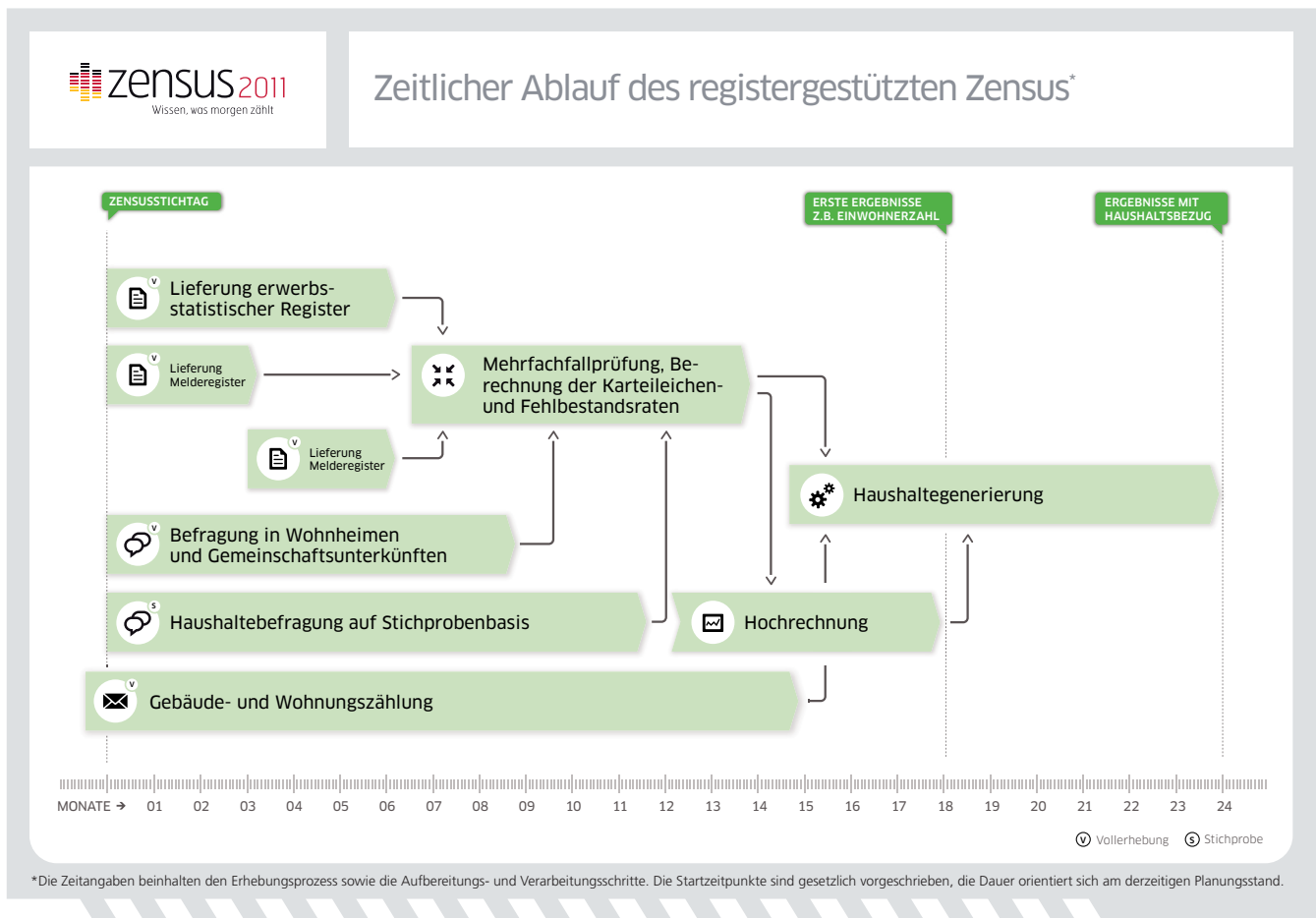
Entscheidend für eine umfassende Nutzbarkeit der Zensusdaten ist²⁷, dass

1. alle erhobenen Fachmerkmale miteinander kombinierbar sind
2. alle Informationen auch in kleinräumiger Gliederung auswertbar sind.

Zensus 2011 erhebt nicht alle Daten der VZ 1987

Mit der Entscheidung des Bundesgesetzgebers, die Erhebungsmerkmale weitestgehend auf den EU-Pflichtkatalog zu beschränken²⁸, wurde von vorneherein die Gewinnung von Informationen über Pendlerbewegungen (Pendlerströme, Zeitaufwand, Verkehrsmittelwahl), Zahl, Größe und Struktur der Arbeitsstätten²⁹ in tiefer regionaler (untergemeindlich) und sachlicher Gliederung (wirtschaftliche Tätigkeit, Gründung, Bruttolöhne, Niederlassungsart) sowie von wichtigen wohnungsstatistischen Merkmalen (Energiequelle der Heizung, Nettokaltmiete), die frühere Großzählungen geliefert haben, ausgeschlossen. Hier setzt ein Teil der Kritik³⁰ an dem Zensuskonzept 2011 an: Wenn auch ein Zensus schon von seiner Funktion als Instrument einer statistischen Grundinventur her nur eine begrenzte Anzahl von Erhebungsmerkmalen erfassen kann, sollte er den Minimalbedarf soziodemografischer Grundmerkmale, aber auch den Informationsbedarf zentraler gesellschaftlicher Fragestellungen abdecken und auch eine Anschlussmöglichkeit an den älteren Zensus bieten.³¹

Abbildung 2: Zeitlicher Ablauf des registergestützten Zensus 2011



Quelle: Statistisches Bundesamt

Kommunaler Nutzen des Zensus 2011

Feststellung der Einwohnerzahl

Ziel Nr. 1 des Zensus 2011 ist Feststellung der amtlichen Einwohnerzahl

Die Feststellung der Einwohnerzahlen für Bund, Länder und Gemeinden, das erste Ziel einer Volkszählung, hat aufgrund der Bedeutung der Einwohnerzahl für viele Gebiete staatlichen Handelns unmittelbare Rechtsfolgen.³² Insoweit ist eine Korrektur von staatspolitischem Interesse, aber auch im Interesse der Gemeinden, gerade um bei der Zuteilung von Steuer- und Fördermitteln eine vergleichbare und „verteilungsgerechte“ Basis zu haben.

Einwohnerzahl die grundlegende Basiszahl

Für nahezu alle statistischen Fragestellungen ist der Ausgangspunkt die Zahl der Einwohner.³³ Einwohnerzahlen sind die grundlegende Basis für alle personenbezogenen Strukturdaten und Bezugsgröße für viele bevölkerungs-, sozial- und wirtschaftsstatistische Indikatoren. Eine regelmäßige Korrektur dieser Zahlen, und damit neben der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung auch der in der Kommunalstatistik verwandten Fortschreibungsergebnisse, ist zwingend erforderlich, da sich bei Fortschreibungen von Verwaltungsregistern³⁴ systembedingte Mängel (Melderegister sind keine Statistikregister), Fehler in der Registerführung und Verhaltensfehler in der Bevölkerung im Laufe der Jahre kumulieren. Der Zensustest 2001 unterstrich die Notwendigkeit zur Korrektur der Registerzahlen.³⁵

Seit dem Zensustest 2001 sind weitere zehn Jahre vergangen und damit dürfte sich die Registerqualität alleine zeitbedingt auf der einen Seite weiter verschlechtert haben; auf der anderen Seite führte die Einführung der Steueridentifikationsnummer

Zensu 2011 basiert auf kommunalen Melderegistern

2008 auch zu einer Melderegisterertüchtigung durch Mehrfachfallprüfungen (Bereinigung der Fälle, in denen Personen mehr als ein Mal mit alleiniger Wohnung oder Hauptwohnung oder nur mit Nebenwohnung gemeldet waren) und die Bereinigung von „Karteileichen“ in den Meldebehörden. Laufende Registerbereinigungen ermöglichten bis Ende 2009 die nicht zustellbaren Lohnsteuerkarten; dieses in der Meldebehördenpraxis relevante Korrektiv ist mit der Einführung der elektronischen Lohnsteuerkarte ersatzlos entfallen. Eine Qualitätsverbesserung der Registerführung bedeutet auch der seit 2007 eingeführte elektronische Meldeaustausch (XMeld) der Meldebehörden. Keine Registerqualitätsverbesserung wird hingegen nach Einschätzung der Meldebehördenpraxis der bereits in Teilen der Bundesrepublik 2010 eingeführte vorausgefüllte Meldeschein bringen. Andererseits wurde mit der Neufassung des Melderechtsrahmengesetzes (MRRG) vom 19.4.2002 die generelle Mitwirkungspflicht des Wohnungsgebers bei An- und Abmeldungen aufgehoben und so auf ein effektives qualitätssicherndes Element der Melderegisterführung ersatzlos verzichtet, welches in einzelnen Landesmeldegesetzen (z. B. in Baden-Württemberg) enthalten war.

Qualitätsverbesserungen der Melderegister im Zuge der Einführung der Steuer-ID und des elektronischen Meldeaustauschs

Mit größeren Bereinigungseffekten ist insbesondere bei den Einwohnern mit Nebenwohnung zu rechnen, da dieser Bestand der Melderegister keiner laufenden Überprüfung (Lohnsteuerkarten, Wahlbenachrichtigungen, Ausweise) unterliegt und daher insbesondere Übererfassungen („Karteileichen“) nicht korrigiert werden. Ausnahmen bilden freilich die derzeit rund 400 Kommunen³⁶ (mit Schwerpunkt Hochschulstädte und Fremdenverkehrsgemeinden), die vorwiegend innerhalb des letzten Jahrzehnts eine Zweitwohnungssteuer eingeführt haben. Infolgedessen kommt es zu einer umfassenden Bereinigung der „vergessenen“ Abmeldungen³⁷; gleichzeitig dürfte sich aber auch ein (nicht quantifizierbarer) Untererfassungseffekt (verursacht durch diejenigen, die sich nicht mehr anmelden, um sich dieser Steuer zu entziehen) einstellen.

Ungelöst bleibt aber das Problem, dass die Melderegister seit der Volkszählung 1970 keiner systematischen Bereinigung mehr unterzogen wurden, da als Folge des „Rückspiel-Verbots“ des VZ-Urteils von Daten aus der Statistik in den Verwaltungsvollzug eine Harmonisierung mit Datenbeständen der Zensen und der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung unterbleiben muss. Die kommunale Bevölkerungsstatistik muss weiterhin mit den unbereinigten Registern und damit mit Einwohnerdaten arbeiten, die nicht mit denen der staatlichen Statistik kohärent sind.

Feststellung der Zahl der Haushalte

Wichtige Grundzahl ist Zahl der Haushalte

Neben der Zahl der Einwohner ist die Zahl der (Privat-)Haushalte eine wesentliche statistische Bestandszahl. Haushalte treten als Wirtschaftseinheit und als Nachfrager nach Wohnungen auf. Die Zahl der Haushalte in einer Kommune und ihrer Teilgebiete ist eine elementare Absolutzahl aber auch eine Bezugsgröße für viele weitere Indikatoren (durchschnittliche Haushaltsgröße, Wohnungsdichte, Wohnungsversorgungsgrad u.a.m.).

Zensus 2011 liefert durch Generierung der Haushalte, nach dem Vorbild des Städtestatistik-Verfahrens HHGen, flächendeckend und für alle Gliederungsebenen Haushaltdaten

So stellt die Gewinnung der Zahl der Haushalte, die flächendeckend bis hinunter auf die kleinste räumliche Ebene durch die Zusammenführung des registergestützten Zensusdatensatzes und der GWZ-Daten im Rahmen der Haushaltgenerierung zur Verfügung gestellt werden, eine der wichtigsten Pluspunkte des Zensus 2011 für die Kommunen dar. Kleinräumige Haushaltszahlen sind seit der letzten Volkszählung nur in Kommunen, die das Haushaltgenerierungsverfahren HHGen³⁸ einsetzen, verfügbar beziehungsweise können in den wenigen Städten, die eine Mikrozensus-Anpassungsschicht bilden, auf Gesamtstadtebene aus dem Mikrozensus gewonnen werden. In der kommunalstatistischen Praxis geht man insbesondere von einer leichten Überhöhung von Ein-Personen-Haushalten im kommunalen HHGen-Verfahren³⁹ aus, das ohne das Korrektiv der Zahl der Wohnungen im Wohngebäude auskommen muss. Das Generierungsverfahren HHGen stößt dann an seine Grenzen, wenn unverheiratete Personen sich nicht gleichzeitig an einer Adresse angemeldet haben.

Beim Zensus 2011 wird definitorisch der gleiche Haushaltsbegriff verwendet wie in der kommunalstatistischen Bevölkerungsstatistikpraxis. Dieser Kohärenz-Vorteil für die Kommunalstatistik überwiegt den Nachteil, dass der in der Wissenschaft gebräuchliche Haushaltsbegriff eigentlich der einer zusammen wohnenden Wirtschaftseinheit ist, wie er früheren Volkszählungen ebenso wie dem Mikrozensus zugrunde liegt.

Erwerbspersonen und Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf

Zensus 2011 erschließt Erwerbspersonen- und Erwerbstätigendaten kleinräumig auf der Basis der BA-Daten und auf Gemeindeebene durch Haushaltsstichprobe

Eine weitere wichtige Eckzahl stellt die Zahl der Erwerbspersonen dar, aus der wichtige Indikatoren wie z. B. die Erwerbsquote abgeleitet werden, die sowohl für themenbezogene als auch für raum-zeitlich vergleichende Untersuchungen von Interesse sind. Dazu wird aus der Zusammenführung der BA-Daten und der Daten der öffentlichen Arbeitgeber die Zahl der Erwerbspersonen, unterschieden nach Erwerbstätigen und Erwerbslosen, und die Zahl der Nicht-Erwerbspersonen generiert. Soweit die Kommunalstatistik großer Städte laufend Erwerbstätigenzahlen aus der VGR oder die Arbeitslosen-/Umschülerzahlen und die Sozialversicherungspflichtig Beschäftigtenzahlen aus der BA-Statistik bezieht, erlauben die Zensus-Daten eine Korrektur dieser; bezüglich der Zahl der Beamten (Richter und Soldaten) liefert der Zensus erstmals seit 1987 wieder kleinräumige Eckzahlen. Informationen über Selbstständige und mithelfende Familienangehörige sind freilich nur auf der Gesamtstadtebene durch die Haushaltesstichprobe des Zensus erhältlich. Um diese untergemeindliche Datenlücke zu schließen, sollte zeitnah zur Veröffentlichung der Zensusergebnisse ein wissenschaftlich fundiertes, valides Schätzverfahren zur Verfügung stehen.

Gebäude- und Wohnungsdaten

282

Wohnen ein zentraler Bereich der Daseinsvorsorge mit großer volkswirtschaftlicher Bedeutung

Wohnen ist ein menschliches Grundbedürfnis. Der Zugang zu angemessenem Wohnraum ist ein wichtiges sozialpolitisches Ziel.⁴⁰ Zugleich stellt das Wohnen einen Bereich der privaten Ausgaben dar, der mit etwa einem Drittel (Einkommens- und Verbraucherstichprobe 2008) den höchsten Anteil hat. Wohnungsangebot und Mietkosten sind daher in den Bürgerumfragen der großen Städte regelmäßig die führenden Problemfelder auf der lokalen Agenda.

Der Wohnungssektor hat eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung. Der Wert der Wohnbauten in Deutschland wird auf der Grundlage der VGR auf rund 3,9 Billionen Euro (2008) geschätzt.⁴¹ Kommunen sind unmittelbare Akteure im Rahmen der Beteiligung am Wohnungsbau und an der Wohnraumversorgung über die öffentlichen Wohnungsgesellschaften, über Fördermaßnahmen (Energiesparprogramme, Sozialer Wohnungsbau) und nicht zuletzt über die Bauleitplanung sowie den Fachplanungen, bei denen über Ausmaß und Art der Wohnbautätigkeit entschieden wird.

Kommunale Wohnungspolitik benötigt hochwertige, vergleichbare und umfassende Daten

Kommunale Wohnungspolitik benötigt für ihre Steuerungsaufgaben und Kooperationsprozesse mit den Wohnungsakteuren hochwertige, vergleichbare und möglichst umfassende Daten, als Voraussetzung für einen treffsicheren und effizienten Ressourceneinsatz (Finanzmittel, Flächenverbrauch). Dazu zählen zunächst die Eckdaten Zahl der Wohngebäude und Zahl der Wohnungen. Die Zahl der Wohngebäude und die Zahl der Wohnungen liegen nur für die Ebene der Gemeinde aus der jährlichen Wohnungsbaufortschreibung der Statistischen Landesämter vor, die auf der Basis der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 (GWZ) generiert werden. Untergemeindliche Informationen sind daraus nicht ableitbar.

Abhilfe wird hier die Gebäude- und Wohnungszählung bringen, der einzige Teil des Zensus 2011, der als primärstatistische Vollerhebung konzipiert ist. Die GWZ wird im Wesentlichen nicht von den Erhebungsstellen vor Ort, sondern zentral von den Landesämtern postalisch durchgeführt.

Gebäude- und Wohnungszählung als Vollerhebung macht diesen Zählungsteil für Kommunen zu einer wertvollen Datenquelle

Die GWZ des Zensus 2011 wird also eine Korrektur der fortgeschriebenen Zahl der Wohngebäude und der Wohnungszahlen erlauben. Hier sind im Übrigen weniger korrigierte Gebäudezahlen als korrigierte Wohnungszahlen zu erwarten.⁴² Die Baufertigstellungsfortschreibung ist nicht gänzlich fehlerfrei (Melde- und Bearbeitungsfehler), hat eine andere Wohnungszählweise wie die GWZ⁴³, kann nur die meldepflichtigen Vorgänge (Nutzungsänderungen, Teilungen oder Zusammenlegungen von Wohnungen laufen in der Regel ohne Genehmigung) berücksichtigen und führt so à la longue zu einer kumulierten Fehleinschätzung der Zahl der Wohnungen.

Eine bedenkliche Entwicklung aus der Sicht der Statistik stellen hier die in einzelnen Bundesländern (z. B. Sachsen-Anhalt) „entbürokratisierten“ Landesbauordnungen mit stark reduzierten Meldeverpflichtungen der Bauherren dar, die dadurch keine verlässliche Fortschreibung der Bautätigkeit mehr zulassen.

Vielfältiger Bedarf an kleinräumigen Wohnungsdaten

Die systematische Beobachtung der Bautätigkeit auf allen räumlichen Ebenen einer Stadt liefert grundlegende Erkenntnisse über die Schwerpunkte der Bautätigkeit innerhalb des Stadtgebiets. Fragestellungen wie beispielsweise wo und in welchem Umfang Bautätigkeit stattfindet, ob sich die Bautätigkeit in den durch die Bauleitplanung abgedeckten Neubaugebieten oder außerhalb dieser in Baulücken im Bestand vollzieht oder durch Nachverdichtung (z. B. Aufstockung), stellen Basisinformationen für städtebauliche Entwicklungskonzepte dar. Auf Gebäudeebene vorliegende Wohnungsstrukturdaten erlauben eine exakte Gebietsabgrenzung für städtebauliche Entwicklungs- und Erneuerungsgebiete (Sanierungsgebiete), als Voraussetzung für einen optimierten, zielgerichteten und effizienten Mitteleinsatz. Mittels vordefinierter minimaler Dichtewerte für verschiedene Stadtstrukturtypen lassen sich zum Beispiel gebietsscharfe Vorgaben für schrumpfende Städte entwickeln mit dem Ziel, die stadttechnische Daseinsvorsorge auch künftig wirtschaftlich zu gewährleisten.⁴⁴

Dauerhafte Nutzung der gebäudescharfen GWZ-Daten nicht möglich

Das nur auf höchstens zwei Jahre begrenzte Auswertungsfenster der GWZ-Daten auf Gebäudeebene verhindert allerdings die einmalige Chance für viele Kommunen, auf dieser Basis eine eigene statistische Gebäude- und Wohnungsdatei aufzubauen und fortzuschreiben. Eine Fortschreibung der Bautätigkeit auf der Basis der dauerhaft in der abgeschotteten Kommunalstatistik speicherbaren Baublocksebene ist nach den vorliegenden kommunalstatistischen Erfahrungen mit der GWZ 1987 definitiv nicht leistbar. Eine Fortschreibung ist vielmehr nur auf Basis des konkret betroffenen Gebäudes möglich und auch die kleinräumige Gliederung des Stadtgebiets unterliegt ständigen Veränderungen (z. B. Teilung von Baublocken). Die Beispiele der Abbildung 3 verdeutlichen die Notwendigkeit einer gebäudescharfen Datengrundlage, da sich Baublockseiten in der Praxis häufig aus sehr heterogenen Gebäudebeständen zusammensetzen.

Durch GWZ erstmals seit 1987 wieder kleinräumige Strukturdaten zum Wohnungsbestand erhältlich

Die Strukturdaten der Gebäude- und Wohnungszählung erlauben die Gebäude- und Wohnungsstruktur der Kommunen in beliebiger untergemeindlicher Maßstäblichkeit umfassend abzubilden und bieten dabei stets die Möglichkeit von Regional- oder Städtevergleichen. Adressgenaue Daten zur Gebäudestruktur und zum Gebäudealter eignen sich als Abgrenzungsmerkmale für Fördergebiete oder zur Beurteilung der „Durchmischung“ von Quartieren mit Eigentums- und Nicht-Eigentumswohnungen oder mit Wohn- und Nicht-Wohnbebauung, die gegebenenfalls auf normativen gebietsspezifischen städtebaulichen Vorgaben (z. B. für Erhaltungsgebiete) beruhen können.

GWZ erhebt nur Minimalkatalog an Daten, dadurch Chancen vergeben, Daten für moderne, energetische oder stadtklimatologische Fragestellungen zu gewinnen

Die flächendeckende Darstellung der Heizungsart ist für stadtklimatologische Fragestellungen ebenso interessant wie für Energieversorger, für Handwerksbetriebe oder Hersteller (Abschätzung der kleinräumigen Potenziale). Die Differenzierung der Gebäude nach der Heizungsart in Verbindung mit dem Gebäudealter und den Eigentumsverhältnissen liefert Eckzahlen beispielsweise für eine Abschätzung des Investitionsvolumens für Wohnungseigentümer in moderne Heizungssysteme. Allerdings bietet die konkrete Fragestellung der GWZ 2011 (Frage G 6) für die Kommunalstatistik kaum Informationsgehalt. Deutlich bessere Analysemöglichkeiten hätte eine Zusatzfrage nach dem Brennstoff der Heizung aus der GWZ 1987, selbst-

Abbildung 3: Heterogene Baublockseiten (Beispiel Stuttgart)



Fotos: Google Maps, ©2011 Google

redend erweitert um aktuelle Energiearten (Holzpellets, Biogas, Sonnenenergie usw.) und ggf. der Warmwasserversorgung, erbracht. Mit Blick auf drängende Fragen des Klimawandels im allgemeinen und des lokalen Stadtklimas im besonderen und der Verfolgung von kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien sind Merkmale zur Einschätzung der Energieeffizienz⁴⁵ heute eigentlich unverzichtbar, zumal diese auch im Mikrozensus keine Berücksichtigung finden. Solche Daten würden wertvolle Hinweise zur Erarbeitung von Sanierungsentwicklungszielen (umweltpolitischer und stadtklimatologischer Art) in kommunalen Fördergebieten ermöglichen.

Speziellen Nutzen ziehen Städte mit Hauptstadtfunktion und deren Nachbarorte sowie Garnisonsstädte mit ausländischen Streitkräften aus der GWZ, welche Informationen über Zahl und Struktur des Wohnungsbestandes, der von Diplomaten beziehungsweise Angehöriger ausländischer Streitkräfte belegt ist, liefert. Von erheblichem kommunalen Interesse ist es zum Beispiel zu wissen, welche Wohnraumpotenziale wo innerhalb einer Stadt von mutmaßlichen Standortentscheidungen ausländischer Streitkräfte betroffen wären.

Kommunen, die eigene Mietspiegelerhebungen durchführen, erhalten mit der GWZ nicht nur einen korrigierten Stichprobenrahmen für die Stichprobenziehung (Zahl der Wohngebäude und Gebäudealter zur Abbildung der Marktrelevanz der Gebäudealterstypen), sondern können auch ihre Stichprobenziehung optimieren durch gezielten Ausschluss der nicht mietspiegelrelevanten Gebäude (Eigentümerausschluss).

Durch Verknüpfbarkeit der Wohnungsdaten mit den soziodemografischen Merkmalen der Einwohner und Haushalte entsteht umfangreicher Datenpool zur Analyse der Wohnungsverorgung der Stadtgesellschaft

Durch die Verknüpfungsoption der Registerdaten und der GWZ-Daten in der Auswertungsdatenbank des Zensus ist bei allen Analysen zur Struktur des Wohnungsbestandes zugleich auch die Betroffenheit der Haushalte und Personen mit ihren soziodemografischen Hintergrundvariablen darstellbar. Am Beispiel der Thematik Wohnungsverorgung wird dies deutlich. Die Wohnungsverorgung hat eine quantitative („Sind alle Haushalte mit Wohnraum versorgt?“) und eine qualitative Komponente. Letztere umfasst beispielsweise die Wohnflächenversorgung nach Quadratmeter oder nach Räumen pro Person oder nach dem Haushaltstyp, differenziert nach Eigentumsverhältnissen, nach Ausstattungsqualität (Dusche, WC vorhanden?), der Staatsangehörigkeit, dem Migrationshintergrund, nach Alter, Familienstand, Erwerbstätigkeitsstatus, Schul- und Berufsabschluss. Damit lässt sich fachlich und räumlich tief gegliedert für beliebig generierbare Gebietseinheiten eine umfassende Bestandsaufnahme des Wohnungsmarkts einer Stadt erstellen, der so-

wohl die Bürgerseite als Nachfrager nach Wohnraum sieht als auch die Anbieterseite des öffentlichen, privaten und unternehmerischen Wohnbauinvestors beleuchtet. Wohnungspolitische Ziele können aus solchen Analysen ebenso abgeleitet werden (Auflegung spezieller oder Neuausrichtung vorhandener Förderprogramme für schlecht versorgte Gruppen; Eigentumsförderprogramm; Förderung spezieller Wohnformen wie z. B. altengerechte Wohnungen in entsprechend unterversorgten Stadtgebieten) wie Hinweise auf zielgruppenspezifischen Wohnungsbedarf zur Minimierung von Investitionsrisiken.

Nicht hoch genug einzuschätzen ist das Informationspotenzial des Zensus für die lokalen Politikakteure, mittels Städte- und Regionalvergleichen eine quantitative und qualitative Bewertung der eigenen Wohnungsmarktstruktur zu erhalten. Die Einbeziehung der Umlandgemeinden ist bei einer lokalen Wohnungsmarktanalyse unerlässlich. Administrative Grenzen sind sowohl für die nachfragende Seite bei der Wohnungssuche als auch für die Investorenseite bei der Schaffung von Wohnungsangeboten nachrangig: Wohnungsmärkte sind regional ausgerichtet.

Analyse zur Wohnraumversorgung spezieller Gesellschaftsgruppen (z.B. Senioren) möglich

Spezielle und vor dem Hintergrund des demografischen Wandels „boomende“ Wohnformen sind Seniorenwohnungen oder generationsübergreifende Wohnformen. Lässt sich der Bedarf an Seniorenwohnungen aus dem Zensus durch eine intelligente Datenverknüpfung eines Teils auch kleinräumig überzeugend generieren, so ist doch anderen Teils die Chance vertan worden, eine weitergehende Informationsgrundlage hinsichtlich der Alterstauglichkeit des vorhandenen Wohnraums mit einer speziellen Fragestellung im Gebäude- und Wohnungsfragebogen zu schaffen.

Ein weiteres Praxisbeispiel für die Verwendung kombiniert aufbereiteter demografischer und wohnungsstatistischer Merkmale aus dem zensustypischen Datensatz ist die Potenzialermittlung und Lokalisierung des Wohnraums in der Kommune, der perspektivisch aus Altersgründen durch die Bewohner freigemacht wird.

285

Wohnungsmarktrelevant sind nicht zuletzt die Leerstände⁴⁶ in den Kommunen. Für kommunalpolitische Steuerungsmaßnahmen sind speziell die Leerstandsquoten in den städtischen Teilräumen von besonderem Interesse („Wo und in welchen Lagen häufen sich Leerstände?“); die Leerstandsquote ist ein Indikator für Lebens- und Wohnqualität in einem Quartier ebenso wie die Struktur der leerstehenden Wohnungen selbst von kommunaler Planungsrelevanz ist („Spielt z. B. das Baualter, die Größe der Wohnung eine Rolle für den Leerstand?“).

Ermittlung der Leerstandsquote im Rahmen der GWZ

Die Leerstandsquote ist zudem von Interesse für Berechnungen zur Ermittlung der quantitativen Wohnraumversorgung, da leerstehender Wohnraum temporär oder dauerhaft nicht zur Verfügung steht. Im Unterschied zur GWZ 1987 wird bei der GWZ 2011 auf die Erhebung der Dauer des Leerstands verzichtet; gerade diese Größe ergibt aber wertvolle Hinweise auf die Art beziehungsweise das Motiv des Leerstandes (Wechsel des Wohnungsnutzers, Renovierungsarbeiten, gewollter Leerstand). 1987 wurde beispielsweise die Quote der länger als sechs Monate leerstehenden Wohnungen in Stuttgart als Beurteilungskriterium für die Notwendigkeit einer Zweckentfremdungsabgabe für Wohnraum herangezogen und Konzepte für Anreizsysteme Mietwohnungsraum zur Verfügung zu stellen, entwickelt.

Verzicht auf die Frage der Miethöhe bedauerlich

Die Miethöhe hat für Mieterhaushalte eine erhebliche Budget- und für institutionelle und private Vermieter eine bedeutende Vermögensrelevanz. Bei der Beobachtung der Mietpreisentwicklung, die im Übrigen ein wichtiger Einflussfaktor auf die Inflationsrate ist, werden sowohl bei der Verbraucherpreismessung (keine Erfassung von kleineren und größeren Wohnungen)⁴⁷ als auch bei der Mietspiegelaufstellung⁴⁸ Preismessungen nur selektiv und nicht für den Mietwohnungsbestand in seiner Gänze vorgenommen. Insoweit ist der Verzicht auf die Erhebung der (Kalt-)Miete beim aktuellen Zensus (bei der GWZ 1987 wurde dieses Merkmal erhoben) eine bedauerliche Unterlassung, die letztendlich dazu führt, dass anstelle qualitativ hochwertiger und einschätzbarer amtlicher Quellen weniger geeignete privatwirtschaftliche Quellen genutzt werden.⁴⁹ Für die Standortwahl und -treue von Unter-

nehmen oder die Wohnortwahl von Privatpersonen kann beispielsweise der Mietfaktor ein Entscheidungskriterium sein; Stadtwerbung kann das vergleichsweise günstige Mietniveau hervorheben, sofern belastbare Städte- oder Regionalvergleichszahlen vorliegen.

GWZ schafft Möglichkeit des Städte- und Regionalvergleichs

Für sozialräumliche Betrachtungen ist das (tatsächliche) kleinräumige Mietpreisniveau ebenso von Interesse wie dieses als Auswahlkriterium für Förderprogramme und für wohnungspolitische Steuerungsmaßnahmen dienen kann. Die Kenntnis der Mietpreishöhe würde jene Kommunen, die keinen eigenen qualifizierten Mietspiegel erstellen, in die Lage versetzen, die Preisabstände zu nahegelegenen Städten mit eigenem empirisch erhobenen (qualifizierten) Mietspiegel zu berechnen; so könnte ein, beispielsweise nach Gebäudealter, strukturierter einfacher Mietspiegel entstehen.

Auswertungsmerkmale Zensus 2011		(Stadt-)Kreis (NUTS 3)	Gemeinde > 10 000 (LAU 2)	Gemeinde < 10 000 (LAU 2)	Unter- gemeind- lich
Wohnen					
Gebäude					
Art des Gebäudes		●	●	●	●
Gebäudetyp		●	●	●	●
Zahl der Wohnungen		●	●	●	●
Baujahr des Gebäudes		●	●	●	●
Eigentumsform		●	●	●	●
Heizungstyp		●	●	●	●
Wohnung					
Gebäudetyp der Wohnung		●	●	●	●
Eigentumsverhältnisse der Wohnung (z. B. Privat, privatwirtschaftlich)		●	●	●	●
Art der Wohnungsnutzung (z. B. Eigentum, Leerstand)		●	●	●	●
Fläche		●	●	●	●
Zahl der Räume		●	●	●	●
WC-Ausstattung vorhanden		●	●	●	●
Bad-Ausstattung vorhanden		●	●	●	●
Belegung der Wohnung (Personenzahl)		●	●	●	●
Wohnungstyp (z. B. Ferienwohnung)		●	●	●	●
● Merkmal vorhanden					

Demografische, bildungs- und erwerbsbezogene statistische Strukturdaten

Wichtige bildungs- und erwerbsbezogene Daten liegen untergemeindlich nicht vor

Bevölkerungs-, bildungs- und erwerbsbezogene Strukturdaten für Personen und Haushalte bilden den Kernbereich einer Volkszählung. Beim Zensus 2011 werden die Möglichkeiten der Datennutzung thematisch limitiert (durch den Umfang des Fragebogens der (als primärstatistische Stichprobenerhebung durchzuführenden) Haushaltebefragung einerseits und dem vorhandenen Datenumfang der herangezogenen Register (Melderegister, erwerbsstatistische Register) im Rahmen der sekundärstatistischen Datenerzeugung andererseits). Die Grenzen der kleinräumigen Nutzung der Zensusdaten für die kommunale Seite ergeben sich aus den Restriktionen, dass die inhaltlich umfangreiche Haushaltstichprobe nur in Gemeinden ab 10 000 Einwohner stattfindet und als Stichprobenerhebung nur gemeindescharfe⁵⁰ Ergebnisse liefern kann. Lediglich die aus den verwendeten Registern gewonnenen, aber inhaltlich begrenzten Datensätze erlauben eine kleinräumige, untergemeindliche Auswertung. Durch die Übermittlung dieser Daten auf der Adressebene (und als Einzeldatensätze) auf der Grundlage des § 22 Abs. 2 ZensG 2011 werden die Kommunen, befristet auf zwei Jahre, in die Lage versetzt, im Unterschied zur VZ 1987, die Daten je nach Anwendungszweck flexibel für beliebig generierbare Gebietseinheiten auszuwerten. Eine große aufbereitungstechnische Herausforderung bei der Erstellung des zensustypischen Auswertungsdatensatzes besteht freilich für die staatliche Statistik darin, die Daten aus den erhebungstechnisch und vermutlich auch qualitativ grundverschiedenen Datenquellen zu harmonisieren.

Datenkatalog auf der Gemeindeebene eröffnet umfangreiche Möglichkeiten der Datenanalyse

Der Datenkatalog der Haushaltstichprobe eröffnet den Kommunen zweifelsohne umfassende Möglichkeiten der Datenanalyse auf der kommunalen Makroebene einschließlich dem Blick auf vergleichbare Städte und auf die eigene Region, hier allerdings begrenzt auf die Umlandgemeinden, die oberhalb der Einwohnerschwelle von 10 000 Einwohner liegen. Die Personen- und Haushaltsmerkmale lassen sich beliebig auf der Einzeldatenbasis⁵¹ verknüpfen und fragestellungsspezifisch auswerten. So können etwa geschlechtsspezifische Fragen der Bildungsteilhabe oder der berufliche Status nach Migrationshintergrund und differenziert nach Herkunftsland (der Kinder oder Eltern) und/oder Aufenthaltsdauer ebenso untersucht werden wie die Unterschiede der Bildungsteilhabe in den verschiedenen Haushaltstypen.

Befasst sich die Kommunalpolitik mit Fragen der speziellen Förderung von gesellschaftlichen Gruppen wie beispielsweise der Familien (z. B. „Familiencard“ mit Vergünstigungen für diverse Leistungen), kann über die Zensusmerkmale Zahl und Struktur der verschiedenen Haushaltstypen in der Kommune eine fundierte Abschätzung der Bedarfs- und der Budgeterfordernisse erfolgen.

Zahlreiche nationale und EU-weite Förderprogramme benötigen zur Gebietsabgrenzung, Problemanalyse und Programmevaluierung kleinräumige Daten

Im Mittelpunkt der Kommunalpolitik steht seit jeher die soziale Kohäsion der Stadtgesellschaft. Neue Impulse gehen hier gerade auch von der EU aus, die explizit eine Politik des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts verfolgt. Im Zeitalter der Globalisierung, sind soziale Fragen der Teilhabechancen einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen noch stärker in den Fokus gerückt. Mit der „Leipziger Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ wurde die europäische Stadtpolitik auf die mitgliedstaatliche Ebene übertragen.⁵² Nicht zuletzt wurde die Möglichkeit geschaffen, integrierte Stadtentwicklungsvorhaben europäischer Städte und Regionen in die operationellen Programme des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und damit in die Förderprogramme (z. B. URBACT, URBAN) zu bringen. Das gesamte EFRE-Budget beläuft sich auf rund 300 Mrd. Euro (einschl. der Sozial- und Kohäsionsfonds). Dazu kommen nationale Förderprogramme wie beispielsweise „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ (BIWAQ), „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) oder die „Soziale Stadt“.⁵³

Zensuskonzept berücksichtigt den untergemeindlichen Datenbedarf nur sehr bedingt

EU- ebenso wie nationale aber auch lokale Förderprogramme erfordern gleichermaßen untergemeindliche Daten zur Gebietsabgrenzung, zur Gebietspriorisierung und schlussendlich zur Evaluierung der Programmziele. Derzeit wird diskutiert, bei allen Städtebauförderprogrammen des Bundes Evaluierungen verpflichtend zu im-

plementieren. Doch gerade in dieser Hinsicht stellt das Zensuskonzept 2011 eine Enttäuschung dar, da die hierfür erforderlichen erwerbsstatistischen Informationen untergemeindlich nur rudimentär zur Verfügung stehen (insbesondere gibt es keine Informationen über Selbstständige, mithelfende Familienangehörige, Studenten, Schüler, Rentner, private Haushalte); der Migrationshintergrund ist untergemeindlich nur pauschal nach dem Herkunftsland verfügbar und Bildungsdaten sind unterhalb der Gemeindeebene nur für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Arbeitslose erhältlich. Deshalb müssen aus kommunaler Sicht zeitnah Schätzverfahren entwickelt und in ihren Ergebnissen verfügbar gemacht werden, um diese Datenlücken zu überbrücken und nicht dauerhaft in die Abhängigkeit kommerzieller Anbieter von Marketingdaten mit intransparenter Herkunft, zweifelhafter Qualität und teilweise horrenden Preisen⁵⁴ zu geraten. Mit der Umstellung auf einen registergestützten Zensus wurde ein Paradigmenwechsel eingeleitet, der für die kommunale Nutzebene erst dann konsequent und zufriedenstellend vollzogen ist, wenn auch alle kleinräumigen Datenbedarfe früherer Zählungen gedeckt sind.

Das Spektrum der kleinräumig lieferbaren demografischen Merkmale (Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Migrationshintergrund, Familienstand) für Personen und Haushalte des Zensus 2011 ist zwar größer und kann durchaus als anforderungsgerecht bewertet werden, ist aber gleichwohl für die Kommunalstatistik stadtspezifisch⁵⁵ aus der laufenden Bevölkerungsstatistik bereits ableitbar. Bestandsauswertungen zur Bemessung des Bedarfs an Kindergärten, an muttersprachlichem Unterricht im Einzugsbereich von Schulen, an Kindertagesstätten im allgemeinen oder im speziellen für die Bedarfe Alleinerziehender sind insoweit bereits kommunalstatistische Alltagsarbeit.

Zensus liefert keine Pendlerdaten

Ein Manko des Zensuskonzepts 2011 stellt der Verzicht auf die Erhebung von detaillierten Pendlerdaten und Daten zur Verkehrsmittelwahl dar. Grundlegende Fragestellungen der kommunalen Verkehrs- und Umweltpolitik sind nur mit regional vergleichbaren Eckdaten zur Verkehrsmittelnutzung (Anzahl, Struktur) beantwortbar. Für Verkehrsinfrastrukturplanungen der verschiedenen Verkehrsträger (Pkw, ÖPNV oder Fahrrad) werden kleinräumige Pendlerströme (Berufs- und Ausbildungspendler) als Basisdateien benötigt, wenn es beispielsweise um Themen wie Linienführung, Haltestellendichte, Parkraummanagement, P&R-Plätze-Bedarf, Feinstaubbelastung u.v.m. geht.

Nur Frage nach der Religionszugehörigkeit geht über EU-Minimalvorgabe hinaus

Die einzige, über den europarechtlich verankerten Informationsbedarf hinausgehende Variable des Zensus 2011 stellt die Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft dar, die ergänzt wird um die freiwillig zu beantwortende Frage nach der Religion, Glaubensrichtung oder Weltanschauung. Die Kommunalstatistik profitiert davon insoweit, als insbesondere Daten zur Zahl der Muslime in den Städten stark nachgefragt sind.⁵⁶ Mit der Zensus-Haushaltstichprobe wird diese Datenlücke geschlossen; obendrein besteht die Möglichkeit von Regionalvergleichen (mit allen Gemeinden ab 10 000 Einwohner) und der Darstellung von Haushalts- und sozioökonomischen Zusammenhängen.

Auswertungsmerkmale Zensus 2011		(Stadt-)Kreis (NUTS 3)	Gemeinde > 10 000 (LAU 2)	Gemeinde < 10 000 (LAU 2)	Unter- gemeind- lich
Bevölkerung					
Personenmerkmale					
Alter		●	●	●	●
Geschlecht		●	●	●	●
Staatsangehörigkeit (auch nach Ländern)		●	●	●	●
Zahl der Staatsangehörigkeiten		●	●	●	●
Religionszugehörigkeit		●	●	●	●
RK, EV, Sonstige, Keine		●	●	●	●
Hauptgruppen		●	●	●	●
Bekenntnisse, Glaubensrichtungen		●	●	●	●
Familienstand		●	●	●	●
ledig/verh./verw./gesch./Lebenspartnerschaft		●	●	●	●
+ nichteheliche Lebensgemeinschaften		●	●	●	●
Migrationshintergrund Gesamt		●	●	●	●
ohne/mit		●	●	●	●
differenziert nach eigener Erfahrung		●	●	●	●
Migrationshintergrund Geburtsland		●	●	●	●
EU, Europa, Rest, Länder, Herkunftsland		●	●	●	●
Migrationshintergrund Jahr des Zuzugs		●	●	●	●
Migrationshintergrund Aufenthaltsdauer D		●	●	●	●
Migrationshintergrund Herkunftsland Eltern		●	●	●	●
Migrationshintergrund Jahr der Ankunft Eltern		●	●	●	●
Migrationshintergrund Aufenthaltsdauer Eltern		●	●	●	●
Stellung im Beruf		●	●	●	●
SVB, Beamte, Arbeiter, Sonstige		●	●	●	●
Arbeitnehmer, -geber, Selbst., Mith. Fam.		●	●	●	●
Wirtschaftszweig		●	●	●	●
SVB		●	●	●	●
Erwerbstätige		●	●	●	●
Arbeitsort		●	●	●	●
SVB		●	●	●	●
Erwerbstätige		●	●	●	●
Erwerbsstatus		●	●	●	●
SVB, Arbeitslos, Arbeitsförderung		●	●	●	●
Alle Personen (auch Nicht-Erwerbspersonen)		●	●	●	●

Auswertungsmerkmale Zensus 2011		(Stadt-)Kreis (NUTS 3)	Gemeinde > 10 000 (LAU 2)	Gemeinde < 10 000 (LAU 2)	Unter- gemeind- lich
Bevölkerung					
Personenmerkmale					
Berufsklassifikation SVB, Arbeitslos, Arbeitsförderung Alle Personen		●	●	●	●
		●	●	●	●
Schüler nach Klassenstufen		●	●	●	●
Höchster Schulabschluss SVB, Arbeitslos, Arbeitsförderung Alle Personen		●	●	●	●
		●	●	●	●
Höchster Berufsabschluss SVB, Arbeitslos, Arbeitsförderung Alle Personen		●	●	●	●
		●	●	●	●
Haushaltsmerkmale					
Haushaltstyp		●	●	●	●
Haushaltsgröße		●	●	●	●
Stellung im Haushalt		●	●	●	●
Stellung in der Familie		●	●	●	●
Kernfamilientyp nach Familien		●	●	●	●
Kernfamilientyp nach Kindern		●	●	●	●
Kernfamiliengröße		●	●	●	●
Personenzahl in Wohnung		●	●	●	●
SVB = Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte					
● Merkmal vorhanden ● Merkmal nicht vorhanden					

Zusammenfassung und Ausblick

Kommunalstatistik begrüßt im Grundsatz Paradigmenwechsel in der Erhebungsmethode bei Zensen

Der Weg, den die amtliche Statistik mit dem Zensuskonzept 2011 eingeschlagen hat, anstelle einer primärstatistischen Totalerhebung einen registergestützten Zensus durchzuführen, ist aus Sicht der Kommunalstatistik⁵⁷ prinzipiell richtig und zeitgemäß – die Städtestatistik geht diesen Weg schon seit längerem sehr erfolgreich. Der gegenüber dem bisherigen Volkszählungsmodell vollzogene methodische Paradigmenwechsel setzt allerdings das Erreichen der Qualitätsziele des Zensus bei der Feststellung der amtlichen Einwohnerzahlen und der zu erhebenden Fachdaten voraus. Nicht weniger bedeutsam aus kommunaler Sicht ist die Bewertung des neuen Zensusmodells hinsichtlich der fachlichen und räumlichen Tiefe der erhobenen und zur Verfügung gestellten Merkmale.

GWZ bringt den größten Nutzen für die Städtestatistik

Der Nutzen des Zensus 2011 für die Kommunen fokussiert sich auf die Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung, da diese als Vollerhebung stattfindet und ihre Ergebnisse gemäß den Anforderungen der Kommunalstatistik im kleinräumigen Maßstab bereitgestellt werden. Zweifelsohne gewinnbringende Analysemöglichkeiten zum Wohnungsmarkt und zur Wohnungsversorgung eröffnet zudem die Verknüpfbarkeit der vorhandenen, im Wesentlichen soziodemografischen Eckdaten des zensustypischen Datensatzes mit den Merkmalen der GWZ und die Übermittlung an die abgeschotteten kommunalen Statistikstellen als Einzeldatensätze und auf der Adressebene. Das unterscheidet den Zensus 2011 in für die kommunale Nutzerseite vorteilhafter Weise von der Volkszählung 1987, bei der die Datenübermittlung an die kommunalen Statistikstellen auf die Ebene der Baublockseite begrenzt war. Ein gravierender Nachteil jetzt ist das kurze Auswertungsfenster von zwei Jahren, das nicht nur einen enormen Zeitdruck für qualifizierte Auswertungen aufbaut, sondern auch eine dauerhafte Verwendung als Basis einer Gebäude- und Wohnungsdatei in den Kommunen und künftige Auswertungen in nicht vorhersehbaren Fragestellungen und Gebietsgliederungen ausschließt.

Größere Städte generieren viele Zensusmerkmale längst aus eigenen Quellen

Für die Kommunalstatistik der größeren Städte beschränkt sich der Nutzen des Volkszählungsteils des Zensus 2011 im Kern auf die Korrektur der im laufenden statistischen Produktionsprozess generierten beziehungsweise aus dem Mikrozensus ableitbaren statistischen Eckzahlen Einwohner, Haushalte und Erwerbspersonen (ohne Selbstständige). Wichtige Daten zur Verkehrsmittelwahl, Pendlerdaten, Kaltmieten und weitere relevante wohnungsstatistische Daten (Energieart Heizung, Warmwasserversorgung, energetischer Gebäudezustand), über die die Kommunalstatistik nicht verfügt und die zum klassischen Repertoire einer Volkszählung gehören, werden beim Zensus 2011 nicht erhoben. Die Chance, Daten zu aktuellen gesellschaftlichen und globalen Fragestellungen mit dem Zensus zu gewinnen, wurde nicht ergriffen.

Besondere Stärke eines Zensus ist die Bereitstellung stichtagsgleicher, nach einheitlichem Standard erhobener und aufbereiteter Daten

Seine besondere und exklusive Stärke entfaltet auch dieser Zensus in der Bereitstellung von stichtagsgleichen, nach einheitlichem Standard erhobenen und aufbereiteten Daten, die dazu noch in der Periodizität, jedenfalls künftig, in regelmäßigen, verlässlichen Datenlieferungsrythmen vorliegen werden. Auf dieser Basis lassen sich die zur Einordnung von beobachteten kommunalstatistischen Sachverhalten notwendigen Städte- und Regionalvergleiche anstellen, freilich bei diesem Zensus beschränkt auf Städte größer als 10 000 Einwohner.

Die für die kommunale Informationsversorgung unabdingbaren untergemeindlichen, kleinräumigen Daten des Zensus gehen gleichfalls nur unwesentlich über das bereits in der kommunalstatistischen Alltagspraxis vorhandene, überwiegend aus den Verwaltungsregistern selbst generierte Datenmaterial hinaus. Die meisten der üblichen erwerbs- und bildungsstatistischen Daten werden nicht kleinräumig erhoben.

Unabhängig davon ist die Statistik-Tauglichkeit der vorhandenen Melde- und Erwerbsstatistikregister zur Gewinnung des zensustypischen Datensatzes selbstkritisch von der staatlichen Statistik zu prüfen, unter dem Aspekt der Datenqualität und mit

Blick auf den Aufbereitungsaufwand und den erforderlichen Aufbereitungszeitraum; keine Utopie sollten künftig „kleine Zensen“ im 5-Jahres-Abstand sein. Eine alte Forderung der Städtestatistikpraxis einer normierten Vorab-Ertüchtigung der Register innerhalb des Verwaltungsvollzugs müsste dabei im Mittelpunkt der Diskussion stehen.

Zweijähriges Auswertungsfenster für Einzeldaten ist kurz bemessen

Mit dem Zensus 2011 kommt der Bund seiner Verpflichtung den Kommunen für ihren verfassungsrechtlich legitimierten Bedarf die erforderlichen statistischen Informationen zur Verfügung zu stellen, nur sehr bedingt nach. Im Ansatz richtig und begrüßenswert ist die nun wenigstens für maximal zwei Jahre mögliche Auswertung der Zensusdaten auf der Adress- und Einzeldatensatzebene. Auf Dauer zufriedenstellen kann dies, auch aus staatsökonomischer Sicht und mit Blick auf das Verhältnismäßigkeitsgebots nicht. Daher bleibt eine zentrale Forderung der Kommunalstatistik, Straße/Hausnummer als Erhebungsmerkmale bei künftigen Zensen zu behandeln oder den abgeschotteten kommunalen Statistikstellen die dauerhafte Speicherung dieser Merkmale zu ermöglichen.

Auf lange Sicht muss Straße/Hausnummer für Kommunalstatistik zum Erhebungsmerkmal werden

Die vom Bund mit dem Kostenargument begründete Begrenzung des Datenkatalogs tangiert massiv die kommunalen Interessen, da zahlreiche Daten, die zum selbstverständlichen Datenkranz früherer Zählungen gehörten (bildungs- und erwerbsstatistische Daten, Pendlerdaten, Verkehrsmittelwahl, Arbeitsstättendaten), nicht mehr kleinräumig erhoben werden. Eine Möglichkeit der „Schadensbegrenzung“ könnte hier die Entwicklung von Schätzverfahren zur Verbesserung der kleinräumigen Datenlage darstellen. Unverzichtbar ist in diesem Kontext aber die Forderung der Kommunalstatistik, den Kommunen substituierend uneingeschränkter Zugang zu anderen Statistikerhebungen und Statistikquellen (z. B. Verwaltungsregister) der staatlichen Statistik auf der Adressebene zu ermöglichen beziehungsweise die Adressebene für kommunalstatistische Zwecke als Erhebungsmerkmal vorzusehen. Der Auftrag der Kommunalstatistik im Kontext der Erfüllung der kommunalen Selbstverwaltungsaufgaben erfordert diesen speziellen kleinräumigen Datenbedarf, der damit auch eindeutig über die Bedürfnisse staatlicher Ebenen hinausgeht.

Unternehmensregister als Ersatz für weggefallene Arbeitsstättenzählung derzeit nur sehr eingeschränkt geeignet

Das Beispiel des Unternehmensregisters, das als Ersatz für die Arbeitsstättenzählung dienen soll, weist in diese Richtung, zeigt aber auch die Problematik der speziellen kommunalen Erfordernisse auf. Methodisch-fachlich ist der Fragenkatalog des Unternehmensregisters einerseits gegenüber der klassischen Arbeitsstättenzählung begrenzt auf die sektoral gegliederten Beschäftigtenzahlen und ihre sublokale Zuordnung, dafür ist die regelmäßige Datenverfügbarkeit ein großes Plus gegenüber dem Zehn-Jahres-Rhythmus einer Großzählung.

Das Unternehmensregister erfüllt in seinem derzeitigen Zustand die kommunalen Anforderungen allerdings noch nicht, da die für die Kommunen entscheidende Anwendung des Unternehmensregister als kleinräumige Datenquelle auf der Adressebene nicht möglich ist. Die Ursachen liegen hier nicht im Datenschutz, sondern an der Datenerhebung: Mehrbetriebsunternehmen haben nämlich die Möglichkeit einer zusammengefassten Meldung der Daten am Unternehmenshauptsitz; damit ist eine untergemeindliche Aufbereitung der Daten des Unternehmensregisters ausgeschlossen.

Autor:
Thomas Schwarz
Telefon: (0711) 216-98591
E-Mail: thomas.schwarz@stuttgart.de

- 1 Der Aufsatz stellt die schriftliche Fassung des Vortrags „Der Nutzen des Zensus 2011 für die Kommunen“ des Verfassers beim Symposium „Möglichkeiten und Grenzen des Zensus 2011“ der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Statistik (DAGSTAT) am 8. April 2011 in Berlin dar. Die einzelnen Vorträge sind unter www.dagstat.de abrufbar.
- 2 Vgl. auch Bubick, Michael: Auswertungskonzept Zensus 2011. Vortrag bei der Sitzung des Fachausschusses Regionalstatistik am 29./30. Juni 2010 in Wiesbaden.
- 3 Pfizer, Theodor/Wehling, Hans-Georg: Die Gemeinden und ihre Aufgaben, in: Kommunalpolitik Baden-Württemberg, Bd. 11 der Schriften zur politischen Landeskunde, 1991, S. 25.
- 4 Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim, Speyer: Volkszählungsurteil und Städtestatistik (Dt. Städtetag, Beiträge zur Statistik und Stadtforschung, H. 32); vgl. auch von Arnim: Städtestatistik und Grundgesetz, in: Kommunalstatistik zwischen Grundrechtsschutz und Selbstverwaltungsgarantie. Vorträge und Diskussionen mit Vertretern der Statistik, des Verfassungsrechts und des Datenschutzes, Verband Deutscher Städtestatistiker (Hrsg.), 1988, S. 7 - 13.
- 5 Prof. Dr. Jan Ziekow (Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaft), 90. Sitzung des Innenausschusses am 20.4.2009; öffentliches erweitertes Berichterstattergespräch zum Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Anordnung des Zensus 2011, BT-Drucksache 16/12219, S. 19, 20.
- 6 Trutzel, Klaus: Verantwortung für kommunale Daten. Stadtforschung und Statistik 2/2008, S. 46.
- 7 Grohmann, Heinz: Von der Volkszählung zum Registerzensus: Paradigmenwechsel in der deutschen amtlichen Statistik, 2009, S. 5 (Online-Publikation des Springer-Verlags).
- 8 Das erste eigenständige Statistikamt war in Bremen 1861 eingerichtet worden. Bis 1938 existierte in 37 deutschen Städten ein Statistisches Amt (nach Meyer, Maximilian: Die deutsche Städtestatistik in ihren Vertretern, Nürnberg 1938, zitiert aus: Bartella, Raimund: Bundes- und Kommunalstatistik als Elemente der informationellen Infrastruktur, in: Landeshauptstadt Stuttgart (Hrsg.): Die Kommunalstatistik auf den Weg ins nächste Jahrhundert. Beiträge zum 100jährigen Bestehen des Statistischen Amtes, 1996 S. 89).
- 9 Trutzel, Klaus: Zu den strategischen Aufgaben der Kommunalstatistik, in: Landeshauptstadt Stuttgart (Hrsg.): Die Kommunalstatistik auf den Weg ins nächste Jahrhundert. Beiträge zum 100jährigen Bestehen des Statistischen Amtes, 1996, S. 50.
- 10 In Baden-Württemberg verfügen beispielsweise alle Städte ab 50 000 Einwohner über eine abgeschottete Statistikstelle. Bundesweit gibt es insgesamt 188 Städte > 50 000 Einwohner (Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden).
- 11 Wiegert, Rolf: Der Zensus. Zu Tradition und Moderne, in: Landeshauptstadt Stuttgart (Hrsg.): Beitrag der Kommunalstatistik zur Methodendiskussion eines Zensus, Statistik und Informationsmanagement, 2003, Themenheft 5, S. 23 - 37.
- 12 Eppmann, Helmut/Fürnrohr, Michael: Regionalstatistik, in: Grohmann, Heinz/Krämer, Walter/Steger, Helmut (Hrsg.): Statistik in Deutschland. 100 Jahre Deutsche Statistische Gesellschaft. Berlin Heidelberg 2011, S. 130.
- 13 Trutzel (1996) a.a.O. S. 50.
- 14 Vgl. Flyer VDSt und KOSIS-Verband (www.staedtestatistik.de; wir über uns).
- 15 Anfang der 90er-Jahre wurden die Datensatzbeschreibungen im Auftrag des KOSIS-Verbundes (in Zusammenarbeit mit der KOSIS-Gemeinschaft DUVA und H. v. Klitzing) entwickelt und später vom Deutschen Städtetag als kommunale Bevölkerungsstatistik zertifiziert und empfohlen. Die aktuelle Programmpflege leitet die KOSIS-Gemeinschaft HHSTAT. Vgl. auch Schaewen, Manfred von: Der Weg zu einer einheitlichen kommunalen Bevölkerungsstatistik, in: Statistik und Informationsmanagement, 1996, Monatsheft 7, S. 7 - 13.
- 16 Vgl. Frank, Eberhard: Informationsmanagement als Beitrag der Kommunalstatistik zur Stadterneuerung, in: Landeshauptstadt Stuttgart (Hrsg.): Die Kommunalstatistik auf den Weg ins nächste Jahrhundert. Beiträge zum 100jährigen Bestehen des Statistischen Amtes, 1996, S. 69.
- 17 HHGen ist eine Weiterentwicklung des Anfang der 90er-Jahre von einigen Städten in Zusammenarbeit mit der damaligen BfLR (heute BBSR) entwickelten DV-Programms. Aus Melderegisterinformationen (u.a. steuerrechtlichen Verknüpfungen, Adressen, Einzugsdatum, Alter) werden dabei Haushaltszusammenhänge modellhaft generiert.
- 18 Seit der Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes 2000 hat der aus dem Einwohnerregister gewinnbare Indikator „Ausländeranteil“ an Aussagekraft verloren. MigraPro setzt hier an und generiert aus der Kombination der Merkmale Zweite Staatsangehörigkeit, Zuzugsherkunft, Art der deutschen Staatsangehörigkeit und Lage des Geburtsorts die Personen mit Zuwanderungshintergrund (vgl. www.staedtestatistik.de/MigraPro). MigraPro, das von der Stadt Stuttgart entwickelt wurde, ist seit 2003 einsetzbar.
- 19 SIKURS wird seit Mitte der 80er-Jahre als kleinräumiges Bevölkerungsprognosemodell eingesetzt. Seit 2003 existiert auch das in SIKURS integrierte Modul HHPROG zur Prognose von Haushalten (vgl. Lindemann, Utz: Prognose der Haushalte in Stuttgart 2002 bis 2015, in: Statistik und Informationsmanagement, 2004, Monatsheft 11, S. 293 - 303).
- 20 Vgl. Biekert, Franz: Die Struktur des Kraftfahrzeugbestands in Stuttgart 2007, in: Statistik und Informationsmanagement, 2008, Monatsheft 8, S. 224 - 234. Kleinräumige KFZ-Daten sind darüber hinaus durch das Kraftfahrtbundesamt beziehbar; diese sind allerdings erst mit Zeitverzögerung und nur gegen Gebühr erhältlich.
- 21 Vgl. Stein, Ulrich: Kleinräumige Einkommensverteilung in Stuttgart. Eine Auswertung der Einkommensteuerstatistik, in: Statistik und Informationsmanagement, 2009, Monatsheft 3, S. 11 - 119, oder: Schwytz, Martina: Daten der Einkommensteuerstatistik. Eine hervorragende Zahlenquelle für die kleinräumige Analyse in Dortmund, in: Stadtforschung und Statistik (Zeitschrift des Verbands Deutscher Städtestatistiker), 2/2005, S. 46 - 49.
- 22 Vgl. Höfflin, Peter: Hartz IV und die Folgen für die kommunale Berichterstattung. Informationsbedarf und Datenlage zu SGB II, in: Stadtforschung und Statistik (Zeitschrift des Verbands Deutscher Städtestatistiker, 2/2010, S. 50 - 54); hierin wird ausgeführt, dass 199 Städte Arbeitsmarktdaten in kleinräumiger Gliederung, 78 Städte als pseudoanonymisierte Einzeldatensätze und 27 Städte die Datenquader der BA nutzen.

- 23 Vgl. Biekert, Franz: Kleinräumige Analyse der Straßenverkehrsunfälle in Stuttgart, in: Statistik und Informationsmanagement, 2001, Monatsheft 10, S. 258 - 274.
- 24 Vgl. Gunderlach, Robert: Jugenddelinquenz und junge Menschen vor Gericht, in: Statistik und Informationsmanagement, 2009, Monatsheft 6, S. 164 - 184.
- 25 Bei ausreichender Größe werden für (Stadt-)Kreise oder bei sehr großen Städten auch für Teile der Stadt eine Anpassungsschicht gebildet, die in der Regel mindestens 500 000 Einwohner umfasst; bundesweit gibt es 132 regionale Anpassungsschichten (vgl. Afentakis, Anja/Bihler, Wolf: Das Hochrechnungsverfahren beim unterjährigen Mikrozensus ab 2005, in: Wirtschaft und Statistik 10/2005, S. 1041); unter Umständen können auch Städte ab 200 000 Einwohner eine eigene Schicht bilden (eventl. mit einem begrenzten Datenangebot); bei 33 Städten unter 500 000 Einwohner ist dies 2011 der Fall gewesen (vgl. auch Hin, Monika: Datenangebot und Analysepotenzial des Mikrozensus, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 9/2008, S. 50 - 54).
- 26 Vgl. u. a. Münzenmaier, Werner: In Stuttgart werden die höchsten Arbeitnehmereinkommen aller Großstädte erzielt, in: Statistik und Informationsmanagement, 2004, Monatsheft 10, S. 274 - 279.
- 27 Grohmann, Heinz: Von der Volkszählung zum Registerzensus: Paradigmenwechsel in der deutschen amtlichen Statistik. Wirt. Sozialstaat Archiv (2009) 3, S. 15.
- 28 EU-Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über Volks- und Wohnungszählungen v. 9.7.2008 (ABl. EU Nr. L 218 S. 14) sowie Verordnung (EG) Nr. 1201/2009 der Kommission v. 30. November 2009 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über Volks- und Wohnungszählungen in Bezug auf die technischen Spezifikationen für die Themen sowie für deren Untergliederungen (ABl. L 329 v. 15.12.2009, S. 1).
- 29 Diese Daten lieferten bis 1987 die traditionellen Arbeitsstättenzählungen bzw. die früheren Betriebsstättenzählungen, die erstmals 1875 stattfanden (vgl. Meyer-Haitz, Doris/Gözl, Uwe: Die Arbeitsstättenzählung 1987 in Baden-Württemberg, Statistik von Baden-Württemberg, Bd. 401, Heft 2, 1992, S. 375).
- 30 Vgl. Stellungnahmen der Wissenschaft und der Kommunalstatistik zum Zensus 2011 (Stellungnahme der Zensuskommission zum Merkmalskatalog im Kabinettsentwurf des Zensusanordnungsgesetzes (ZensG 2011) v. 22.1.2009 und: Wieviel Zensus braucht die Stadt? Dokumentation des Zensusworkshops des Verbands Deutscher Städtestatistiker vom 22./23.2.2007.
- 31 Stellungnahme der Zensuskommission zum Merkmalskatalog im Kabinettsentwurf des Zensusanordnungsgesetzes (ZensG 2011) v. 22.1.2009, S. 6 - 7.
- 32 Vgl. Fürnrohr, Michael: Die Bedeutung der amtlichen Einwohnerzahlen und ihre Ermittlung beim Zensus 2011; Vortrag beim Symposium „Möglichkeiten und Grenzen des Zensus 2011“, siehe www.dagstat.de.
- 33 Zu den unterschiedlichen Einwohnerbegriffen und ihrer Verwendung in der amtlichen Statistik vgl. Haußmann, Michael/Schmitz-Veltin, Ansgar: Einwohnerbegriffe und Datengrundlagen in der kommunalen Bevölkerungsstatistik - wieviele Einwohner leben in Stuttgart?, in: Statistik und Informationsmanagement, 2011, Heft 1, S. 18 - 25.
- 34 Zur Problematik der Melderegisterqualität vgl. Frank, Eberhard: Volkszählung und amtliche Einwohnerzahl – welche Rolle spielen die kommunalen Einwohnerregister dabei? in: Beitrag der Kommunalstatistik zur Methodendiskussion eines Zensus. Statistik und Informationsmanagement, 2003, Themenheft 5, S. 98 - 99.
- 35 Der Zensustest ergab, dass bundesweit die Melderegister durchschnittlich eine „Karteileichen“-Rate von 4,1 bzw. 2,9 Prozent nach Abzug der temporären „Karteileichen“ und eine Fehlbestandsquote von 1,7 Prozent im unbereinigten Zustand (in diesem werden die Melderegister für die kommunale Bevölkerungsstatistik genutzt) enthielten; in Städten ab 800 000 Einwohner stieg diese Quote auf 7,6 bzw. 3,0 Prozent. Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Ämter der Länder (2003): Ergebnisse des Zensustest, zitiert aus: Braun, Ralph: Zensustest 2001, Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 5/2004, S. 3 - 10.
- 36 Vgl. www.zweitwohnungssteuer.de
- 37 In Stuttgart reduzierte sich die Zahl der Einwohner mit Nebenwohnsitz auf rund ein Drittel.
- 38 Lindemann, Utz (2002): Wie erhält man aus dem Einwohnerregister Haushalte? Das Haushaltgenerierungsverfahren HHGen, in: Dorbritz, Jürgen/Otto, Johannes (Hrsg.): Familienpolitik und Familienstrukturen. Ergebnisse der gemeinsamen Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft und der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Band 108, Wiesbaden, S. 239 - 243.
- 39 In der Gegenüberstellung ergibt sich für Stuttgart beispielsweise eine Überhöhung des durch die kommunale Haushaltgenerierung gewonnenen Anteils der Ein-Personen-Haushalte gegenüber dem aus dem Mikrozensus ermittelten Prozentsatzes um 2 Prozentpunkte.
- 40 Vgl. Verordnung (EG) Nr. 763/2008 v. 9.7.2008, Begründung S. 2,3.
- 41 Die Immobilienmärkte aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive. Gutachten für den Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V. und die Gesellschaft für Immobilienwirtschaftliche Forschung e.V., o. J., S. 38.
- 42 Bundesweit wurde bei der GWZ 1987 eine Übererfassung von über 1 Mio. Wohnungen (- 3,8 %) ermittelt. In Stuttgart lag die Zahl der Wohngebäude um 0,4 Prozent und die Zahl der Wohnungen um 2,8 % über den Fortschreibungsergebnissen (ähnlich wie in den anderen Stadtkreisen und Universitätsstädten Baden-Württembergs). Gravierender waren die Unterschiede bei den Gebäudegrößen; Wohngebäude mit einer Wohnung wurden bei der GWZ 11 Prozent mehr, Wohngebäude mit zwei Wohnungen 8 Prozent weniger in Stuttgart ermittelt (Erste Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 1987, Statistischer Informationsdienst, Sonderheft 8/1989).
- 43 Baugenehmigungsverfahren und die laufende Bautätigkeitsfortschreibungsstatistik zählen „echte“ Wohnungen, während die GWZ vorsieht, in den Fällen, in denen mehrere Wohnungen in einem Gebäude von einem Haushalt bewohnt werden, diese als eine Wohneinheit zu zählen (vgl. Erste Ergebnisse der GWZ 1987; Statistischer Informationsdienst, Sonderheft 8/1989, S. 10, 11).

- 44 Westphal, Christiane: Dichte als Planungsgröße im Stadtumbau? in: Raumforschung und Raumordnung 2009, Heft 1, S. 7 - 20.
- 45 Mögliche Fragestellung: „Wurden in dem Gebäude energetische Sanierungsmaßnahmen an der Außenwand, Dach/oberste Geschossdecke, Keller/unterste Geschossdecke, Heizung durchgeführt, und wenn ja, wann?“
- 46 Da seit der GWZ 1987 keine Leerstandsdaten mehr amtlich erhoben wurden, behelfen sich Kommunen mitunter durch die Auswertung von Daten lokaler Stromanbieter oder Stromableser, deren Datenqualität freilich kaum einschätzbar ist.
- 47 Die Immobilienmärkte aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive. Gutachten für den Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V. und die Gesellschaft für Immobilienwirtschaftliche Forschung e.V., o. J., S. 72.
- 48 Ausgeschlossen sind per Gesetz geförderte Wohnungen, von Freunden/Bekannten angemietete Wohnungen, Werkswohnungen, Wohnungen in Wohnheimen und solche, die innerhalb der letzten vier Jahre vor der Erhebung im Preis nicht verändert oder nicht neu vermietet wurden. Unberücksichtigt bleiben auch Mietmarkt-untypische Komfortwohnungen mit exklusiver Ausstattung.
- 49 Auswertung von Internetplattformen wie „Immobilien Scout 24“; vgl. auch die Verwendung von Mietpreisdaten von Neu- und Wiedervermietungen durch die BBSR.
- 50 In Städten mit mindestens 400 000 Einwohner wird die Haushaltstichprobe in Unterstichprobenschichten mit etwa 200 000 Einwohnern erhoben (§ 7 Abs. 1 ZensG 2011). Da Schichten dieser Größenordnung im Normalfall keiner untergemeindlichen Gebietskategorie entsprechen, ist der Nutzen für die Kommunen vernachlässigbar.
- 51 Der Einzeldatenbezug setzt das Vorhandensein einer abgeschotteten Statistikstelle in einer Kommune voraus.
- 52 2007 unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft von den für Stadtentwicklung zuständigen Ministern der EU verabschiedet, vgl. Nickel, Eva Mareile: Die Leipzig Charta im Kontext der europäischen Kohäsionspolitik, in: Informationen zur Raumentwicklung, 2009, Heft 6, S. 395 - 403.
- 53 Alisch, Monika: Sozialraummodelle im arbeitsmarktpolitischen Kontext, in: Informationen zur Raumentwicklung, 2010, Heft 2/3, S. 103 – 110.
- 54 Vgl. auch Meinel, Gotthard: Planung ohne kleinräumige Daten? in: IÖR info, Heft 45, 12/2010, S. 1.
- 55 Arbeitsorganisatorisch nur schwer zu realisieren sind allerdings ggf. erforderliche überregionale Vergleichsuntersuchungen.
- 56 Vgl. Schmitz-Veltin, Ansgar: Muslime in Stuttgart 2009. Neue Schätzung zur Zahl der in Stuttgart lebenden Muslime, in: Statistik und Informationsmanagement, 2010, Monatsheft 7, S. 217 - 221.
- 57 Zur Bewertung und Kritik der Städtestatistik am Zensuskonzept: „Die 7 Grundanliegen der Städtestatistik beim Zensus 2011“, Kurzfassung des Zensusworkshops der Städtestatistik am 22./23.2.2007 in Bonn (von Rudolf Schulmeyer); „Forderungen der Städtestatistiker an den Zensus“ (Thomas Schwarz), vgl. „Wieviel Zensus braucht die Stadt?“ Stadtforschung und Statistik, Sonderausgabe 2007, Hrsg.: Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt); Ausführungen des kommunalen Sachverständigen (Thomas Schwarz) zum Zensuskonzept, in: Protokoll 48. Sitzung des Innenausschusses: öffentliche Anhörung zum Entwurf des Zensusvorbereitungsgesetzes 2011 (ZensVorbG 2011) am 17.9.2011 in Berlin (BT-Drucksache 16/5525); Trutzel, Klaus: Verantwortung für kommunale Daten. Paradigmenwechsel in der amtlichen Statistik. Bund top - Städte flop? in: Stadtforschung und Statistik 2/2008, S. 43 - 47.

Veröffentlichungen zu den Themen:

Michael Haußmann, Ansgar Schmitz-Veltin:
**Einwohnerbegriffe und Datengrundlagen in der kommunalen
Bevölkerungstatistik – Wie viele Einwohner leben in Stuttgart?**
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 1/2011, S. 18-25

Thomas Schwarz:
**Historische Einwohnerzahlen der Stuttgarter Stadtbezirke und Stadtteile
1834 bis 1900,**
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 8/2009, S. 229-235

Robert Smigoc:
**Anforderungen an das Melderegister zur Melderegisterertüchtigung vor
dem Hintergrund des Paradigmenwechsels hin zu einem registergestützten
Zensus,**
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 11/2008, S. 326-343

Wolfgang Walla:
Asemwald-Demographie,
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 6/2009, S. 162-163